

Alt aber glücklich

Führt eine schrumpfende und alternde Bevölkerung
zu weniger Wohlstand?

Von Stephan Sievert und Reiner Klingholz

Alt aber glücklich

Führt eine schrumpfende und alternde Bevölkerung zu weniger Wohlstand?

Schuldenkrise, Klimawandel und Stress am Arbeitsplatz – die negativen Begleiterscheinungen unseres Wohlstandsmodells, das ein stetig wachsendes Bruttoinlandsprodukt zum ultimativen Daseinsziel erhebt, haben viele Gesichter. Einige von ihnen, allen voran die ökologischen Auswirkungen unseres Wirtschaftens, stellen das Wohlstandsmodell grundsätzlich in Frage. Selbst die Bundesregierung sucht inzwischen nach Wegen, „gesellschaftlichen Wohlstand, individuelles Wohlergehen und nachhaltige Entwicklung“ in Deutschland neu zu definieren. Eigens hierfür setzte sie Ende 2010 die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ ein.¹

Die Kommission berücksichtigt in ihrer Arbeit am Rande auch ein Thema, das bislang kaum Teil der Diskussion ist – die demografische Entwicklung. Dabei hat der demografische Wandel einen sehr

direkten Einfluss auf die Wirtschaftskraft. So wuchs das Produktionspotenzial in Deutschland in der gesamten zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, da sich die Wirtschaft auf eine größer werdende Zahl von Arbeitskräften stützen konnte. Doch seit 2003 sinkt die Bevölkerungszahl in Deutschland. Zudem hat die Alterung der Gesellschaft zur Folge, dass vor allem die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter zurückgeht. Selbst wenn darum in Zukunft jeder potenziell Erwerbstätige genauso viel arbeitet und produziert wie derzeit, wird der materielle Wohlstand der Bevölkerung abnehmen. Denn sowohl Ruheständler als auch Kinder tragen nichts oder nur wenig zur Wertschöpfung bei, sollen aber am Ertrag teilhaben.

Werden wir uns in Zukunft also mit weniger zufrieden geben müssen? Oder kann die Wirtschaft auch in einer schrumpfenden Bevölkerung wachsen? Möglich ist dies – sicher keinesfalls. Doch auch ein geringeres Wirtschaftswachstum muss

nicht bedeuten, dass es den Menschen schlechter geht. Denn Wohlstand ist nicht etwas ausschließlich Materielles, sondern grundsätzlich etwas Subjektives. Die Glücksforschung zeigt, dass auch immaterielle Faktoren wie Zeit für Freunde und Familie, Bildung und Gesundheit das subjektive Wohlergehen und damit den Wohlstand der Menschen positiv beeinflussen können. Aus diesem Blickwinkel betrachtet bietet der demografische Wandel sogar die Chance, unseren Wohlstand zu erhöhen.

Das vorliegende Diskussionspapier soll zeigen, wie dies geschehen kann. Es ist in drei Teile gegliedert. Im ersten wird ausgeleuchtet, inwiefern die demografische Entwicklung das Wirtschaftswachstum beeinflusst. Danach beschäftigen wir uns mit der Frage, was Wohlstand genau bedeutet und welche Möglichkeiten der Wohlstandsmessung uns jenseits des Bruttoinlandsprodukts zur Verfügung stehen. Schließlich wollen wir im dritten Teil darstellen, welche Möglichkeiten uns die aktuellen demografischen Veränderungen bieten, um unser Wohlergehen zu erhöhen.

1 Welche wirtschaftlichen Folgen hat der demografische Wandel?

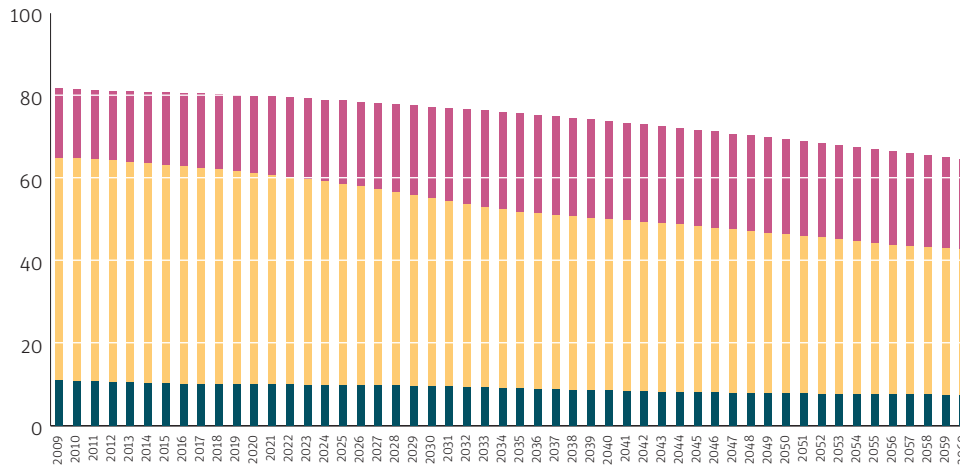
Die Ausgangslage

Seit Anfang 2003 ist die Bevölkerungszahl Deutschlands von 82,5 auf 81,8 Millionen gefallen.² Der Hauptgrund für diesen Rückgang sind niedrige Geburtenzahlen. So können die seit Ende der 1970er Jahre geborenen Generationen ihre jeweilige Elterngeneration nicht mehr eins zu eins ersetzen, sondern nur noch zu etwa zwei Dritteln. Dass es so lange dauerte, bis sich dies in den Bevölkerungsstatistiken niederschlug, hat zwei Gründe: Einerseits standen bis vor einigen Jahren durch die Babyboomer-Generation der

Nachkriegszeit vergleichsweise viele potenzielle Mütter zur Verfügung, andererseits konnten Zuwanderer lange die entstandenen Lücken füllen.

Da demografische Veränderungen einen sehr langfristigen Effekt haben, lassen sich Bevölkerungszahlen mit einiger Präzision vorausberechnen. So ist bereits heute so gut wie sicher, dass Mitte des Jahrhunderts deutlich weniger Menschen in Deutschland leben werden als derzeit. Das genaue Ausmaß des zukünftigen Bevölkerungsrückgangs hängt von der Entwicklung der Geburten- und Sterberaten sowie vom Wanderungssaldo ab. Jüngsten Bevölkerungsvorausberechnungen zufolge

dürfte Deutschland bis 2030 mehr als vier Millionen Menschen verlieren, bis 2050 sogar etwa 12,5 Millionen.* Dann dürften weniger als 70 Millionen Menschen in der Bundesrepublik wohnen. Noch wichtiger: Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren könnte bis 2050 von 53,5 auf 38,6 Millionen schrumpfen, also um rund ein Drittel. Die Abhängigkeitsrelation, welche die Summe der unter 15-Jährigen und der über 64-Jährigen je 100 Personen im erwerbsfähigen Alter ausdrückt, dürfte von 52 im Jahr 2009 auf 80 zur Mitte des Jahrhunderts steigen.³ In Zukunft stehen also deutlich weniger Personen im erwerbsfähigen Alter zur Verfügung, um die Personen zu versorgen, die noch nicht oder nicht mehr arbeiten.



Bevölkerungszahl Deutschlands in Millionen von 2009 bis 2060 nach Altersgruppen

(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt*)

- Ab 65-Jährige
- 15- bis 64-Jährige
- Null- bis 14-Jährige

Alterung verkleinert Arbeitskräfteangebot

Bis 2060 dürfte die Zahl der Personen im derzeitigen erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren an der Gesamtbevölkerung von 53,5 auf 35,2 Millionen sinken. Die Zahl der über 64-Jährigen dürfte dagegen von 16,9 auf 22 Millionen steigen. Somit wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter nicht nur in absoluten Zahlen kleiner, sondern auch - und gerade - im Vergleich zu Kindern und Älteren, die wirtschaftlich überwiegend nicht aktiv sind. Besonders rapide wird sich dieser Rückgang des Arbeitskräftepotenzials in den kommenden drei Jahrzehnten vollziehen.

* Die Zahlen basieren auf der Untergrenze der mittleren Variante der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes. Dies ist die nach heutigem Kenntnisstand wahrscheinlichste Variante. Sie geht von einer annähernd konstanten Gesamtfruchtbarkeitsrate von 1,4 Kindern je Frau und einem jährlichen Wanderungsüberschuss von 100.000 Menschen ab 2014 aus. Ferner wird angenommen, dass im Jahr 2060 geborene Jungen im Schnitt 85 Jahre und Mädchen 89,2 Jahre alt werden.

Erschwerend kommt hinzu, dass nicht alle Personen im erwerbsfähigen Alter tatsächlich einer Beschäftigung nachgehen. Die Zahl der wirtschaftlich Abhängigen liegt also deutlich höher, als es die Verteilung der Altersgruppen suggeriert. Im Jahr 2010 umfasste die Gruppe der Erwerbslosen in Deutschland 2,9 Millionen Menschen. Zusätzlich waren 11,8 der 53,5 Millionen 15- bis 64-Jährigen weder erwerbstätig noch aktiv auf der Suche nach Arbeit, sie zählen also weder als Erwerbslose noch als Erwerbstätige.⁴ Unter ihnen finden sich Schüler, Auszubildende und Studenten, aber auch Hausfrauen und von der erfolglosen Jobsuche Demotivierte sowie Arbeitsunfähige. Für den Arbeitsmarkt stellen sie ungenutzte Potenziale dar, eine Art „stille Reserve“, deren Aktivierung den Rückgang des Arbeitskräftepotenzials zumindest teilweise auffangen könnte.

Neben der reinen Bevölkerungsfortschreibung kann die Demografie das zukünftige Angebot an Arbeitskraft auch indirekt beeinflussen. So könnte die Verknappung des Angebots an Arbeitskräften dazu führen, dass die Löhne steigen und die Menschen gewillt sind, mehr zu arbeiten als bisher – die negativen Auswirkungen der Alterung würden abgefedert. Als problematisch könnte sich dagegen herausstellen, dass wegen des steigenden Anteils von Alten an der Gesamtbevölkerung immer weniger Menschen das Einkommen der Gesellschaft erwirtschaften müssen, was zu steigenden Steuern

und Sozialbeiträgen führen dürfte. Arbeit würde sich also unter sonst gleichen Bedingungen weniger lohnen. Dies wiederum könnte dazu führen, dass mehr und mehr Menschen ihre Arbeitskraft lieber im Ausland zur Verfügung stellen oder dass sie weniger arbeiten. In diesem Szenario würden die negativen Auswirkungen der Alterung verstärkt. Welches Szenario tatsächlich eintritt, hängt davon ab, welcher der beiden beschriebenen Effekte überwiegt. Dies lässt sich zum heutigen Zeitpunkt noch nicht absehen.

Bislang mehr Beschäftigte trotz schwindender Bevölkerung

In den vergangenen Jahren ist es gelungen, mehr Menschen in Lohn und Brot zu bringen. Die Erwerbsquote, also der Anteil der Arbeitenden und Arbeitssuchenden (Erwerbslosen) im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung im erwerbsfähigen Alter, ist seit Beginn des Jahrtausends von weniger als 75 Prozent auf mehr als 80 Prozent gestiegen. Überproportional legten die Frauen zu, die zwischen 1999 und 2009 fast zehn Prozentpunkte dazugewannen. Am deutlichsten zeigte sich die wachsende Erwerbstätigkeit in der Gruppe der 55- bis 64-Jährigen. So war 1999 gerade einmal ein Drittel aller Frauen dieser Altersklasse entweder beschäftigt oder auf der Suche nach einem Job – zehn Jahre später dagegen waren es schon 54 Prozent. Geschlechterübergreifend stieg die „Altenerwerbsquote“ im genannten Zeitraum von 43 auf 62 Prozent. Insgesamt ist die Zahl der Erwerbstätigen seit 1999 um zwei Millionen gewachsen – obwohl

die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter im gleichen Zeitraum um mehr als zwei Millionen gesunken ist.⁵ Und diese Menschen haben auch Jobs gefunden, sie zählen also überwiegend zur Gruppe der Erwerbstätigen, nicht zu jener der Erwerbslosen. Allein zwischen 2005 und 2010 sank die Erwerbslosenquote von 11,2 auf 7,1 Prozent.

Ein Grund für die höhere Erwerbstätigkeit gerade älterer Menschen sind die reduzierten Möglichkeiten zum Vorruhestand. Ein anderer, dass Arbeitslose ab 58 Jahren seit der Einführung von „Hartz IV“ nicht mehr so lange Arbeitslosengeld beziehen, bis sie ohne Abschläge in Rente gehen können – also meist mit 65 Jahren.⁶ So sank die Erwerbslosenquote von Personen zwischen 55 und 64 Jahren zwischen 2006 und 2010 von 18 auf knapp elf Prozent.⁷ Das durchschnittliche Renteneintrittsalter erhöhte sich derweil im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends von 60,6 auf rund 62 Jahre.⁸ Dieser Trend dürfte sich mit der schrittweisen Erhöhung des gesetzlichen Rentenalters von 65 auf 67 Jahre fortsetzen.

Insgesamt betrachtet jedoch sind ältere Personen und Frauen nach wie vor unterdurchschnittlich in den deutschen Arbeitsmarkt integriert – ebenso wie Migranten. So sind nur 52,8 Prozent der 15- bis 64-jährigen Frauen mit Migrationshintergrund erwerbstätig, aber 68,4 Prozent der Frauen ohne Migrationshintergrund. Bei den Männern sehen die Zahlen mit 67,4 respektive 77,2 Prozent nur unwesentlich besser aus.⁹ Diese Unterschiede lassen sich nicht an einem speziellen Faktor festmachen. Vielmehr entstehen sie durch das Zusammenspiel verschiedener Einflüsse – von mangelnden Qualifikationen über fehlende Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse und Diskriminierung im Bewerbungsverfahren bis hin zu traditionelleren Rollenverteilungen in der Familie. Je nach Herkunft der Migrantengruppe unterscheiden sich diese Faktoren in ihrem Gewicht.

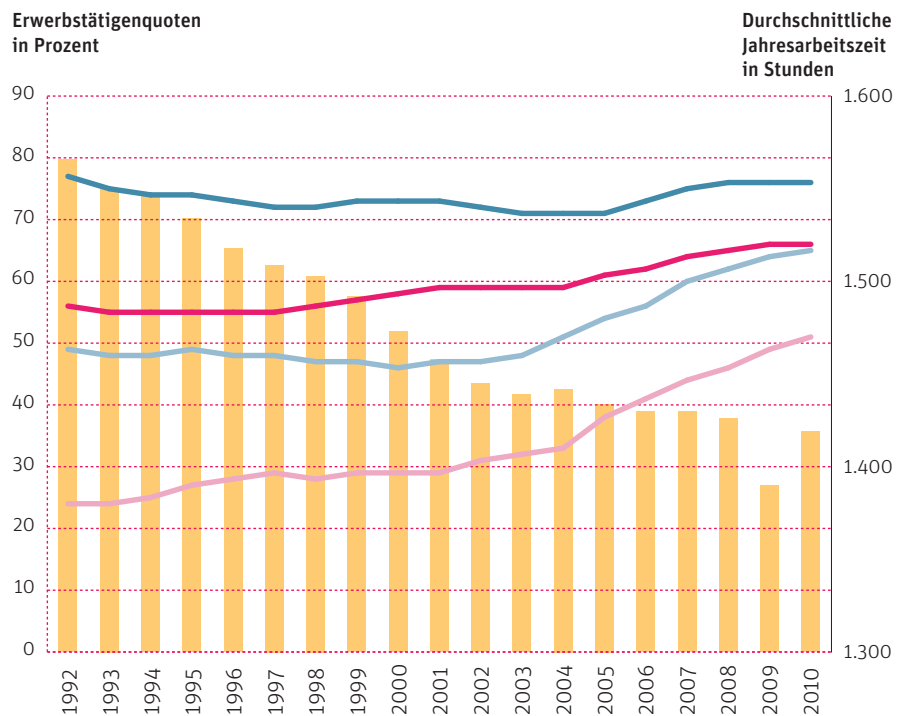
Die Bundesregierung beziffert die Zahl der Menschen, die sich in den nächsten 15 Jahren für den Arbeitsmarkt gewinnen ließen, auf etwa 3,5 Millionen. Unter ihnen sollen sich 1,2 Millionen derzeit nicht erwerbstätige Mütter befinden. Durch die Rente mit 67, die Wiedereingliederung Arbeitsloser und eine zukünftig sinkende Zahl von Schulabbrechern sollen weitere 2,3 Millionen Menschen aktiviert werden.¹⁰ All diese Menschen könnten einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, den demografisch bedingten Rückgang der Erwerbsbevölkerung abzufedern – stoppen werden sie ihn nicht können. Denn der Rückgang der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter beträgt bis 2025 auch bei einem jährlichen Wanderungsüberschuss von 100.000 Menschen mindestens fünf Millionen Menschen.¹¹ In den Jahren danach beschleunigt sich diese Entwicklung noch einmal.

Vor dem Hintergrund des drohenden Fachkräftemangels ist die Debatte um eine systematische Anwerbepolitik von Fachkräften aus dem Ausland neu entbrannt. Bis Deutschland für hoch qualifizierte Migranten ein beliebtes Ziel wird, muss sich allerdings nicht nur politisch und rechtlich einiges tun. Auch das gesellschaftliche Klima ist nicht immer von Offenheit gegenüber Neuankömmlingen geprägt. Aus heutiger Sicht erscheint es daher unwahrscheinlich, dass sich die entstehenden Lücken auf dem Arbeitsmarkt auf diese Weise vollständig füllen lassen.

Immer mehr Menschen arbeiten immer kürzer

Seit etwa zehn Jahren steigen die Erwerbstätigenquoten in Deutschland relativ kontinuierlich an. Vor allem Personen zwischen 55 und 64 Jahren arbeiten heute deutlich häufiger als noch zur Jahrtausendwende. Dieser Trend geht jedoch einher mit einer langfristig sinkenden Jahresarbeitszeit. Von 1.930 Stunden im Jahr 1970 ist die Arbeitszeit über 1.566 Stunden 1992 auf heute 1.419 Stunden gefallen. Dies ist vor allem auf das Wachstum der Teilzeitbeschäftigung zurückzuführen. Die jüngste Erholung demonstriert lediglich das Ende der krisenbedingten Kurzarbeit, ist also noch keine Trendwende.

- Erwerbstätigenquote Männer
- Erwerbstätigenquote Frauen
- Erwerbstätigenquote 55- bis 64-jährige Männer
- Erwerbstätigenquote 55- bis 64-jährige Frauen
- Durchschnittliche Jahresarbeitszeit in Stunden



Erwerbstätigenquoten in Deutschland nach Geschlecht und Alter in Prozent sowie durchschnittliche Jahresarbeitszeit eines Erwerbstätigen in Stunden, 1992 bis 2010

Entscheidend ist die effektive Erwerbstätigkeit

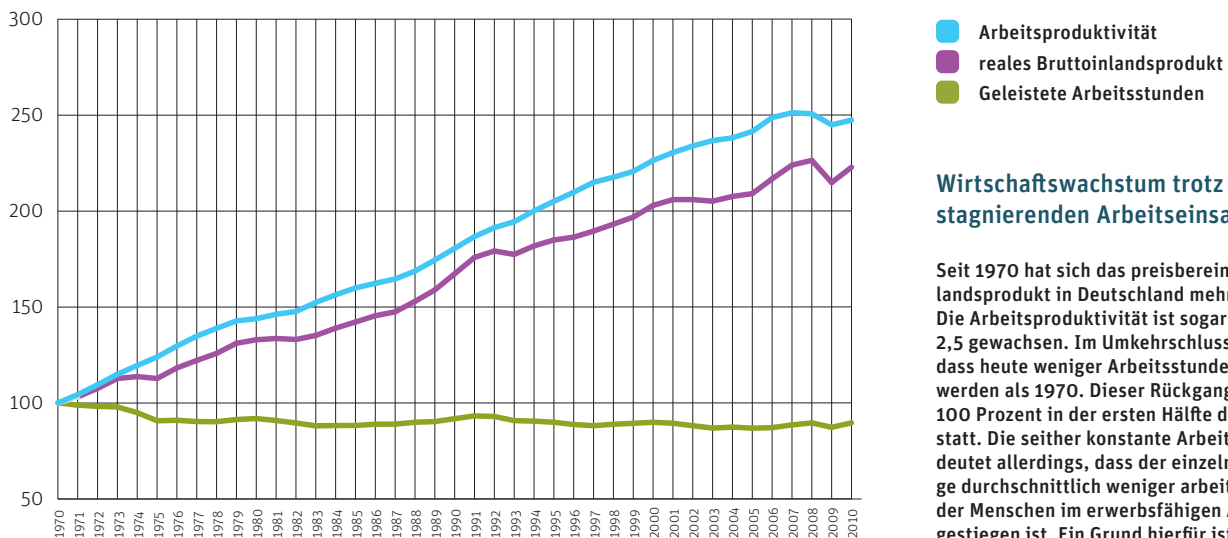
Eine präzisere Analyse des Produktionspotenzials als die Zahl der Erwerbstätigen erlaubt die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden. So hat die Zunahme von Teilzeit- und Kurzarbeit zur Folge, dass Erwerbstätige in Deutschland im Schnitt nur noch 1.419 Stunden im Jahr arbeiten – 1970 waren es noch 1.930 Stunden. Die Zahl der insgesamt geleisteten Arbeitsstunden sank im selben Zeitraum von jährlich 64 Milliarden auf 57 Milliarden. Der größte Teil dieses Rückgangs geschah bereits in den Jahren 1970 bis 1975.¹² Trotzdem hat selbst der Anstieg der Erwerbstätigkeit in den vergangenen zehn Jahren nicht zu einem Mehr an absolut geleisteten Arbeitsstunden geführt. Stattdessen arbeiten immer mehr Menschen immer kürzer.

Aktuell werden in Deutschland 59 Prozent der verfügbaren Arbeitskraft genutzt. Dieser Indikator, den wir hier „effektive Erwerbstätigenquote“ nennen, drückt das Verhältnis von tatsächlich geleisteter Arbeit zur maximal verfügbaren Arbeitskraft aus. Letzteres bedeutete, dass alle 15- bis 64-Jährigen 47 Wochen im Jahr 38,5 Stunden arbeiten. Die effektive Erwerbstätigenquote ist eine der zwei zentralen Stellschrauben zukünftiger volkswirtschaftlicher Leistungsfähigkeit.

Aus weniger mehr machen

Wie kann es aber sein, dass das Bruttoinlandsprodukt seit Jahrzehnten mehr oder weniger stetig steigt, obwohl die geleistete Arbeit zurückgegangen ist? Die Antwort auf diese Frage liegt in der Arbeitsproduktivität, also dem Wert der Waren und Dienstleistungen, die ein Beschäftigter je Zeiteinheit erwirtschaftet. Sie ist die zweite entscheidende Stellschraube im volkswirtschaftlichen System.

Zwischen 1970 und 2000 stieg die Produktivität jährlich im Schnitt um 2,8 Prozent. Dadurch konnte das Bruttoinlandsprodukt steigen, obwohl der Arbeitseinsatz zurückging. Da die Löhne aber lange Zeit noch schneller stiegen als die Produktivität, markieren die 1970er Jahre für Deutschland auch den Beginn der Massenarbeitslosigkeit. Firmen mussten Angestellte entlassen, da diese mehr verdienten, als sie erwirtschafteten. Dies wiederum hatte einen positiven Effekt auf die Produktivität, da Arbeitgeber wohl vorwiegend weniger produktive Angestellte entließen.



Arbeitsproduktivität
reales Bruttoinlandsprodukt
Geleistete Arbeitsstunden

Wirtschaftswachstum trotz stagnierenden Arbeitseinsatzes

Seit 1970 hat sich das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in Deutschland mehr als verdoppelt. Die Arbeitsproduktivität ist sogar um den Faktor 2,5 gewachsen. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass heute weniger Arbeitsstunden geleistet werden als 1970. Dieser Rückgang fand zu fast 100 Prozent in der ersten Hälfte der 1970er Jahre statt. Die seither konstante Arbeitsleistung bedeutet allerdings, dass der einzelne Erwerbsfähige durchschnittlich weniger arbeitet, da die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter seit 1970 gestiegen ist. Ein Grund hierfür ist der wachsende Anteil der Teilzeitarbeit, ein anderer die höhere Arbeitslosigkeit.

Entwicklung der Arbeitsproduktivität, des realen Bruttoinlandsprodukts und der geleisteten Arbeit in Deutschland, 1970 bis 2010, 1970 = 100 Prozent

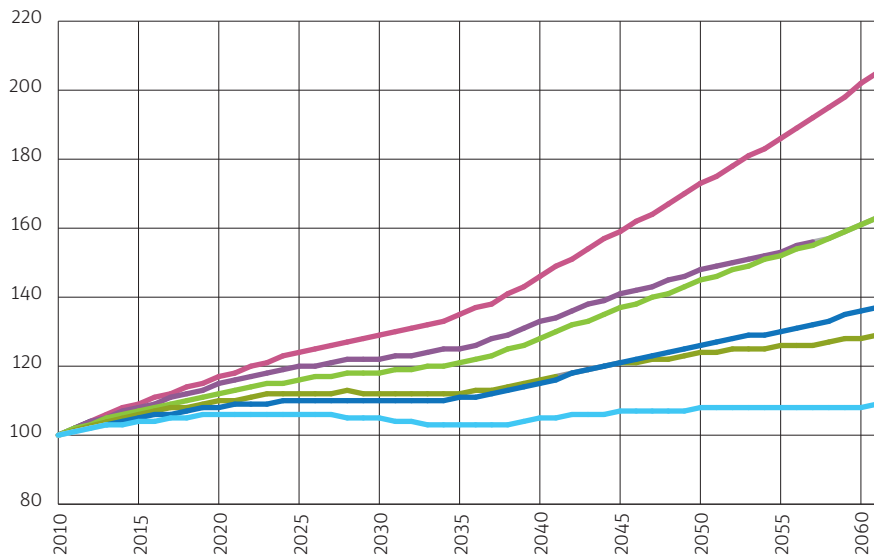
(Datengrundlage: OECD, Productivity Statistics, Paris; Eurostat, Online-Datenbank, Luxemburg)

Um den materiellen Wohlstand unter Schrumpfungsbedingungen zu erhöhen, müsste die Produktivität auch in Zukunft schneller steigen, als die eingesetzte Arbeit zurückgeht. Wenn die Produktivität weiterhin so schnell wächst wie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, wäre dies unproblematisch. Doch die Steigerungsraten lassen kontinuierlich nach – und mit ihnen die Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts. Seit Beginn des Jahrtausends ist die Produktivität im Schnitt nur noch um ein Prozent pro Jahr gewachsen.¹³

Diese Entwicklung hat verschiedene Gründe: In den 1960er, 1970er und 1980er Jahren hat eine immer höhere Kapitalausstattung der stagnierenden Zahl an Erwerbstätigen zu geringeren Produktivitätszuwächsen geführt. Denn je mehr Kapital ein Erwerbstätiger auf sich vereint, desto niedriger fallen die Erträge einer zusätzlichen Kapitaleinheit aus.¹⁴ In den letzten eineinhalb Jahrzehnten war unter anderem das Ende der oben beschriebenen Entlassungsproduktivität für die sinkenden Wachstumsraten verantwortlich. Zudem gelang es in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern nicht, bestehende Produktionsprozesse effizienter zu gestalten. An erster Stelle ist hier der Bereich der modernen Dienstleistungen zu nennen, also Groß- und Einzelhandel, Transport sowie Finanz- und persönliche Dienstleistungen.¹⁵

Ein simples Rechenexempel zeigt, dass Produktivitätssteigerungen von jährlich einem Prozent in Zukunft zwar reichen können, um die Wirtschaft wachsen zu lassen, allerdings nur marginal: Unter der zusätzlichen Annahme, dass weiterhin 59 Prozent der theoretisch verfügbaren Arbeitskraft genutzt werden, wächst das Bruttoinlandsprodukt bis 2060 preisbereinigt um 8,7 Prozent – über einen Zeitraum von 50 Jahren ein verschwindend geringer Wert.¹⁶ Zwischen 2025 und 2035 würde das Wachstum gänzlich zum Erliegen kommen, da dies die Zeit des schnellsten Rückgangs des Arbeitskräfteangebots sein wird.¹⁷ Das für Wohlstandsvergleiche relevantere Bruttoinlandsprodukt je Einwohner würde bis 2060 um etwa ein Drittel zulegen.

- BIP pro Kopf hohe Produktivität
- BIP hohe Produktivität
- BIP pro Kopf hohe Beschäftigung
- BIP hohe Beschäftigung
- BIP pro Kopf Basisvariante
- BIP Basisvariante



Fortschreibung des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland 2010 bis 2060, 2010 = 100 Prozent

(Eigene Berechnungen auf Grundlage von: Statistisches Bundesamt, Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Untergrenze der mittleren Bevölkerung, Wiesbaden)

Wachstum bedingt möglich

Sollte sich die Produktivität in der deutschen Wirtschaft wie im vergangenen Jahrzehnt um jährlich ein Prozent erhöhen und die effektive Erwerbstätigenquote konstant bleiben, läge das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2060 um minimale neun Prozent höher als 2010. Das für Wohlstandsvergleiche relevantere Bruttoinlandsprodukt je Einwohner würde bis 2060 um 37 Prozent wachsen, da die Bevölkerung im selben Zeitraum deutlich schrumpft. Bei einer optimistischeren Annahme für das Produktivitätswachstum von jährlich 1,8 Prozent würde die Wirtschaftskraft um 62,5 Prozent wachsen. Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner würde sich gar mehr als verdoppeln. Ebenfalls einen positiven, wenn auch weniger ausgeprägten Effekt hätte eine gleichmäßige Steigerung der effektiven Erwerbstätigkeit auf 70 Prozent bis 2060. Eine höhere Erwerbstätigenquote ist allerdings nur zu erreichen, wenn es gelingt, die Menschen adäquat zu qualifizieren und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie weiter zu verbessern. Da derlei externe Einflüsse im Modell aber keinerlei Berücksichtigung finden, sollte es eher als Anhaltspunkt denn als Prognose verstanden werden.

* Annahmen: Basisvariante: jährlicher Produktivitätszuwachs von einem Prozent und konstante effektive Erwerbstätigenquote von 59 Prozent (tatsächliche Arbeitszeit in Stunden als prozentualer Anteil an der maximal verfügbaren Arbeitskraft in Stunden, wenn alle 15- bis 64-Jährigen 47 Wochen im Jahr 38,5 Stunden beschäftigt wären); Hohe Beschäftigung: jährlicher Produktivitätszuwachs von einem Prozent und gleichmäßiger Anstieg der effektiven Erwerbstätigenquote auf 70 Prozent bis 2060; Hohe Produktivität: jährlicher Produktivitätszuwachs von 1,8 Prozent und konstante effektive Erwerbstätigenquote von 59 Prozent.

Etwas höhere Wachstumsraten könnten realisiert werden, wenn die effektive Erwerbstätigenquote bis 2060 gleichmäßig auf 70 Prozent stiege – entweder durch eine höhere Erwerbstätigenzahl oder durch eine höhere durchschnittliche Stundenzahl je Erwerbstätigem. Die wirksamste Stellschraube des Modells und der zukünftigen Wirtschaftsentwicklung ist jedoch die Produktivität. Ein jährliches Produktivitätswachstum von 1,8 Prozent würde bis 2060 zu einer Verdoppelung des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner führen.

Nicht eingerechnet in dem Modell ist das angehobene gesetzliche Renteneintrittsalter, welches dem Wirtschaftswachstum einen zusätzlichen Impuls verleihen sollte. Davon abgesehen sollte das Rechenexempel keinesfalls als punktgenaue Prognose verstanden werden, sondern allenfalls als Anhaltspunkt, da es die Gründe für Veränderungen in den zwei betrachteten Parametern komplett unberücksichtigt lässt.

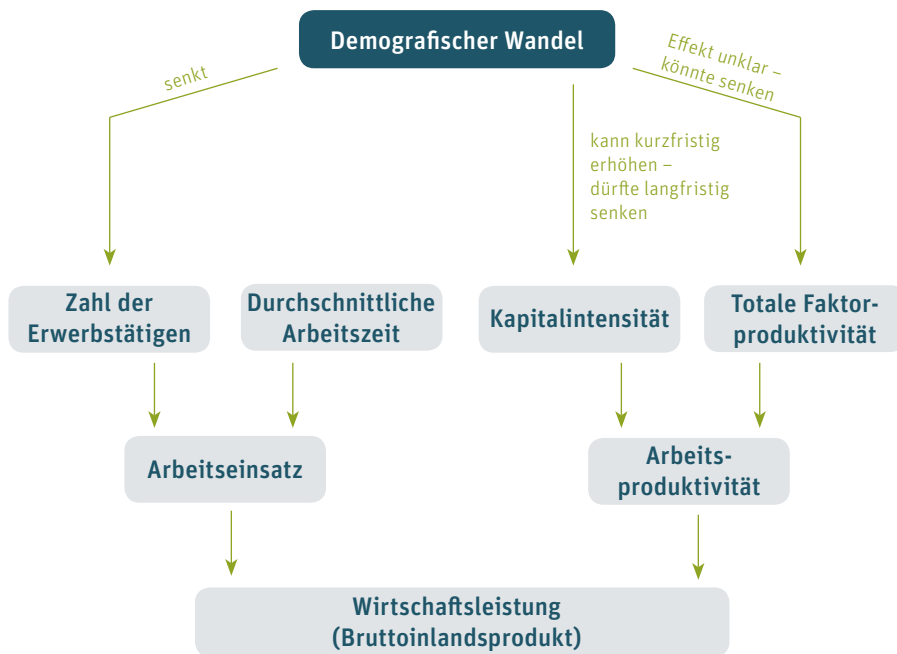
Wie produktiv ist eine alternde Gesellschaft?

Was aber bestimmt Produktivitätszuwächse in einer Volkswirtschaft und welche Rolle spielt die Demografie in diesem Zusammenhang? Grundsätzlich bestehen zwei Möglichkeiten, die Arbeitsproduktivität zu steigern: durch eine Verbesserung der Kapitalausstattung der Erwerbstätigen (Kapitalintensität) und durch eine effizientere Nutzung der vorhandenen Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital (Totale Faktorproduktivität). Letztere wird oft mit technischem Fortschritt gleichgesetzt und ist in entwickelten Ländern wie Deutschland für den Großteil der Produktivitätszuwächse verantwortlich.¹⁸

Wenn die Zahl der Erwerbstätigen sinkt, wird das vorhandene Kapital auf weniger Menschen verteilt. Dies kann kurzfristig zu Produktivitätsgewinnen führen, da die Kapitalintensität steigt. Langfristig entscheidender für die Frage, ob die Kapitalausstattung der Beschäftigten in einer alternden Gesellschaft zu- oder abnimmt, ist jedoch die Spar- beziehungsweise Investitionsneigung der Bevölkerung. Steigt sie mit dem Alter an, bleibt sie unverändert oder fällt sie gar ab?

Eine eindeutige Antwort auf diese Frage gibt es nicht, es deutet jedoch einiges darauf hin, dass die Sparneigung einer alternden Bevölkerung – und damit das Angebot an Kapital – abnimmt. Denn der sogenannten Lebenszyklushypothese zufolge schränken Menschen während ihres Arbeitslebens den Konsum ein – sie sparen also –, um einerseits während der Ausbildungszeit eventuell aufgenommene Kredite zurückzuzahlen, und um andererseits im Ruhestand ein finanzielles Polster zu haben. Sie verschieben ihren Konsum auf die Zeit in der Rente. Eine steigende Zahl an Pensionären würde also bedeuten, dass mehr Menschen ihre Ersparnisse aufzehren.

Eine Reihe von Faktoren schwächt diesen Effekt ab, ohne ihn gänzlich aufzuheben. So dürfte die steigende Lebenserwartung zu einer wachsenden Ersparnisbildung in der Bevölkerung führen, da die Menschen für einen immer längeren Ruhestand vorsorgen müssen. Verstärkt wird dies durch den Aufbau einer kapitalgedeckten Säule in der Rentenversicherung (die Riester-Rente), welcher noch nicht abgeschlossen sein dürfte, wenn die Babyboomer das Rentenalter erreichen. Er könnte bis zu zwei Drittel des Rückgangs der Sparquote auffangen.¹⁹ Schließlich sparen Menschen nicht einzig, um während des Ruhestands mehr konsumieren zu können, sondern vererben auch beträchtliche Geldmengen an ihre Nachfahren. Die Ersparnisse bleiben also teilweise bestehen.



Der demografische Wandel bremst das Wirtschaftswachstum

Durch eine schrumpfende und alternde Bevölkerung wird sich das Wirtschaftswachstum verlangsamen. Zum einen, weil die Zahl der Erwerbstätigen sinkt, zum anderen aber auch, weil Produktivität und Kapitalausstattung in einer alternden Bevölkerung zurückgehen könnten. Nicht in der Darstellung gezeigt sind Politikmaßnahmen, die den negativen Effekt der Demografie auf die Wirtschaftsleistung dämpfen können. So lässt sich der Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wenigstens teilweise durch eine höhere Erwerbsbeteiligung sowie zusätzliche Einwanderung kompensieren, während die Produktivität unter anderem durch verbesserte Aus- und Weiterbildung positiv beeinflusst werden kann.

Einflussfaktoren auf die Wirtschaftsleistung und die Rolle des demografischen Wandels

Neben der Sparneigung dürfte auch die Nachfrage nach Investitionen in einer älteren Gesellschaft zurückgehen. Denn mit weniger Arbeitskräften und möglicherweise einer geringeren Zahl an Unternehmen sinkt auch der Bedarf an Investitionen. Abgedeutet wird dies dadurch, dass Firmen das verknappte Angebot an Arbeitskraft durch Kapital ersetzen, das relativ gesehen billiger wird. Die meisten Studien gehen dennoch davon aus, dass der Rückgang der Investitionen zunächst sogar stärker sein wird als der Rückgang der Sparquote.²⁰ Die überschüssigen Ersparnisse würden im Ausland angelegt, da die Kapitalmarktrenditen in Deutschland durch die größere Verfügbarkeit von Kapital im Vergleich zu Arbeit sinken. Dies hätte zusätzliche negative Konsequenzen für das hiesige Bruttoinlandsprodukt.

Während es kurzfristig also möglich ist, dass die Kapitalintensität durch den Rückgang der Erwerbsbevölkerung steigt, dürfte sie mittel- bis langfristig fallen, da sowohl Ersparnisse als auch Investitionen zurückgehen dürften. Es ist sogar möglich, dass der Kapitalstock als ganzer sinkt – wenn nämlich der Wert der Abschreibungen jenen der Neuinvestitionen übersteigt.²¹ Daher ist es unwahrscheinlich, dass eine höhere Kapitalintensität den Rückgang des Produktionspotenzials, der durch die kleiner werdende Erwerbsbevölkerung verursacht wird, auffangen kann.

Neben der Kapitalintensität kann auch die effizientere Nutzung vorhandener Produktionsfaktoren die Arbeitsproduktivität erhöhen – die sogenannte Totale Faktorproduktivität. Sie wird maßgeblich vom sogenannten Humankapital einer Gesellschaft beeinflusst, also den Fähigkeiten und dem Wissen der Bevölkerung. Ein höheres Humankapital bietet

die Grundlage dafür, durch Innovationen und technischen Fortschritt bestehende Produktionsprozesse zu optimieren und neue zu erfinden.

Wie aber entwickelt sich das Humankapital in einer alternden Gesellschaft? In anderen Worten, wie produktiv und innovativ kann eine Gesellschaft sein, in der ein Großteil der Erwerbstätigen 50 Jahre und älter ist? Für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands ist diese Frage von höchster Bedeutung. Denn die geburtenstarken Jahrgänge der Babyboomer sind heute etwa 40 bis 49 Jahre alt. In zehn bis 15 Jahren wird also ein beträchtlicher Teil der Erwerbstätigen in Deutschland zwischen 55 und 65 Jahre alt sein.

Bislang schneidet Deutschland bei der Innovationskraft hervorragend ab. Im Jahr 2008 meldeten die Deutschen beim europäischen Patentamt 299 Patente je einer Million Einwohner an. In keinem Land der EU waren es mehr. Allerdings sind in den vergangenen Jahren die Ausgaben für Forschung und Entwicklung deutlich schneller gestiegen als die Patentanmeldungen.²² Die Effizienz der Innovationsförderung hat also nachgelassen.

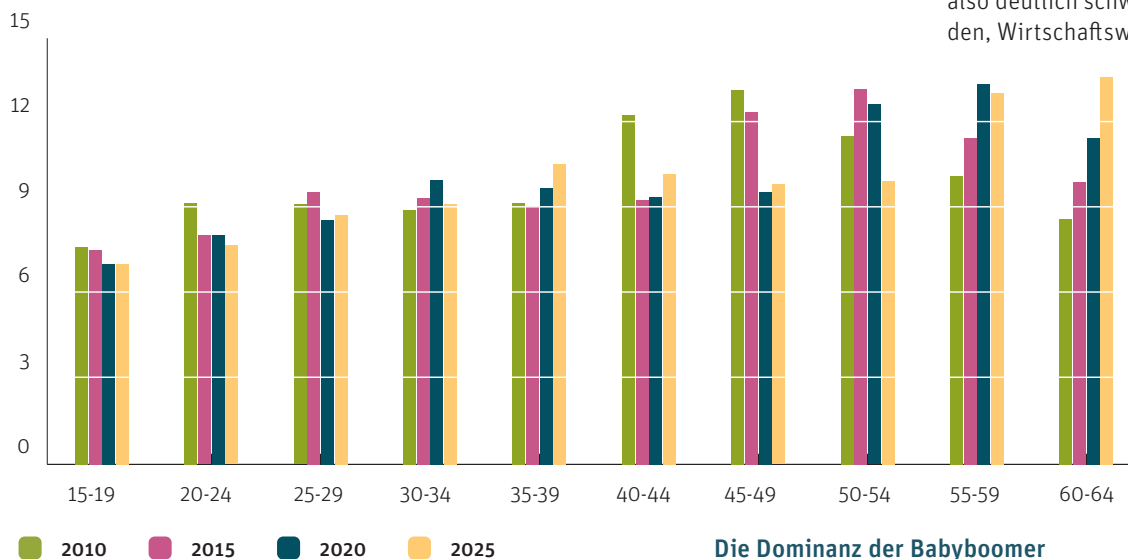
Hängt dies mit der Alterung der Gesellschaft zusammen, und wird sich der Abwärtstrend in Zukunft fortsetzen? Das Gros der Studien, die sich mit dem Zusammenspiel zwischen Alter und Leistungsfähigkeit beschäftigen, lässt diese Schlussfolgerung nicht völlig abwegig erscheinen.²³ So verfügen langjährige Angestellte zwar über Erfahrung und Expertise in ihrem Aufgabenfeld, wodurch sie

mentale Einbußen oft kompensieren oder sogar überkompensieren. Sie können sich jedoch häufig weniger leicht in neue Aufgabenfelder einarbeiten und sind daher weniger innovativ.²⁴ Zudem sind ältere Menschen deutlich weniger risikofreudig und mobil als jüngere.²⁵

Wie stark die Leistungsfähigkeit im Alter zurückgeht, ist allerdings höchst umstritten und hängt von der Art der Tätigkeit ab. Zudem deuten verschiedene Studien darauf hin, dass altersgemischte Teams gerade wegen der unterschiedlichen Begabungen und Herangehensweisen bessere Ergebnisse erzielen können als homogenere. Andere Untersuchungen haben zu Tage gefördert, dass ältere Menschen zwar mehr Fehler machen als jüngere, diese im Schnitt aber weniger gravierend sind.²⁶ Auch lässt sich die Leistungsfähigkeit älte-

rer Arbeitnehmer durch Fort- und Weiterbildungen durchaus positiv beeinflussen.²⁷ Zudem müssen die Ergebnisse von heute nicht zwangsläufig auch morgen gelten. Sollten 50- bis 60-Jährige in Zukunft deutlich fitter, gesünder und gebildeter sein als ihre Elterngeneration im selben Alter – wovon auszugehen ist –, dann könnte sich der Zeitpunkt der höchsten Schaffenskraft weiter nach hinten verschieben. Und was den technischen Fortschritt angeht: Er ist in unserer globalisierten Welt eine höchst internationale Angelegenheit. Wenn Menschen in anderen, demografisch jüngeren Ländern effizientere Arbeits- und Produktionsmethoden erfinden, profitieren auch wir davon.

Dass Effizienzsteigerungen den Rückgang des Arbeitskräftepotenzials komplett auffangen können, erscheint ob der beschriebenen Dynamiken dennoch unrealistisch. Mit einer alternden und schrumpfenden Erwerbsbevölkerung dürfte es in Zukunft also deutlich schwieriger als bislang werden, Wirtschaftswachstum zu generieren.



Die Dominanz der Babyboomer

Prozentualer Anteil verschiedener Altersgruppen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, 2010, 2015, 2020 und 2025

(Eigene Berechnungen auf Grundlage von: Statistisches Bundesamt, Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Untergrenze der mittleren Bevölkerung, Wiesbaden)

Die Babyboomer-Generation der heute 40- bis 49-Jährigen stellt in Deutschland derzeit die zahlenmäßig stärkste Gruppe in der Erwerbsbevölkerung. Mit ihnen wird in den kommenden ein- einhalb Jahrzehnten auch die gesamte Erwerbsbevölkerung deutlich altern, da vergleichsweise wenige Kinder von unten nachrücken. Erst ab etwa 2025, wenn die Babyboomer in Rente gehen, wird sich die Altersstruktur der Erwerbsbevölkerung wieder verjüngen.

2 Was ist Wohlstand?

Was aber bedeutet es für uns, wenn die Wachstumsdynamik der Wirtschaft nachlässt? Werden wir Wohlstandseinbußen hinnehmen müssen? Was ist Wohlstand überhaupt? Und ist es an der Zeit, den Wohlstandsbegriff neu zu definieren? Diese Fragen sollen im zweiten Teil des Diskussionspapiers genauso beleuchtet werden wie Vor- und Nachteile alternativer Wohlstandsindikatoren.

Die Schwächen des Bruttoinlandsprodukts

Es ist weithin bekannt, dass das Bruttoinlandsprodukt durch Aktivitäten steigen kann, die wir gemeinhin als nicht wohlförderung ansehen, unter Umständen sogar wohlförderungssenkend. So wächst es zumindest kurzfristig durch Naturkatastrophen oder Kriege, da die Beseitigung der Schäden Kosten verursacht. Negative Nebeneffekte der Produktion, wie zum Beispiel Umweltzerstörung, Klimawandel

oder Staatsverschuldung, sogenannte externe Effekte, die die Zukunftsfähigkeit des Systems und des ganzen Planeten untergraben können, werden dagegen nicht eingerechnet. Und komplett unberührt bleibt das Bruttoinlandsprodukt sogar von einigen Aktivitäten, die offensichtlich zum Wohlstand der Gesellschaft beitragen. Es erfasst zum Beispiel nur Waren und Dienstleistungen, die gegen Geld erworben werden können – Hausarbeit und ehrenamtliche Tätigkeiten bleiben außen vor. Das Niveau der erbrachten Leistungen wird also unterschätzt. Umgekehrt ist ein Teil des Wachstums der vergangenen Jahrzehnte nur scheinbar Resultat eines Ausbaus der Wirtschaftstätigkeit, da Leistungen, die früher in der Familie erbracht wurden, wie etwa die Altenpflege oder die Kinderbetreuung, nun auf Märkten mit Preisen belegt werden. Es lässt sich darüber streiten, inwiefern dies die Qualität der Leistungen beeinflusst. Unstrittig ist dagegen, dass sie bereits existiert haben, bevor sie in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung aufgetaucht sind.

Das Bruttoinlandsprodukt erfüllt seine Aufgabe also nicht, die Wirtschaftstätigkeit korrekt zu bilanzieren. Täte es dies, würde es zukünftige Kosten einpreisen, etwa den Abbau natürlicher Ressourcen. Dies zu verbessern, ist Ziel des „Index of Sustainable Economic Welfare“ sowie des „Genuine Progress Indicator“. Sie haben den Anspruch, nicht nur Umweltverschmutzung, sondern auch soziale Kosten wie Kriminalität einzubeziehen. Gleichzeitig rechnen sie nicht wohlförderungsfördernde Tätigkeiten wie etwa Militärausgaben aus dem Index heraus. Da beides aber extrem schwierig ist – eben weil viele der angesprochenen Vorgänge nicht auf Märkten mit Preisen belegt werden und daher nicht objektiv zu quantifizieren sind –, hat sich keiner der beiden Indizes durchsetzen können. Die relativ willkürliche Auswahl der Variablen und die aufwendige Kalkulation der Indizes haben hierbei sicherlich auch eine Rolle gespielt.

Kritik am Bruttoinlandsprodukt als Wohlstandsindikator

Bildet das heutige Wohlergehen nicht adäquat ab

- schenkt Verteilungsfragen keine Beachtung
- kann durch wohlförderungsmindernde Ereignisse steigen (beispielsweise Krieg, Naturkatastrophen)
- begrenzt auf Marktaktivitäten (Freizeit, Hausarbeit, Ehrenamt bleiben außen vor)

Bildet das zukünftige Wohlergehen nicht adäquat ab

- ignoriert zukünftige Kosten (beispielsweise Umweltverschmutzung, Ressourcenverbrauch, Verschuldung)

Einige gängige Kritikpunkte an der Nutzung des Bruttoinlandsprodukts als Wohlstandsindikator

Das Bruttoinlandsprodukt taugt nur begrenzt als Wohlstandsindikator

Dass das Bruttoinlandsprodukt sich nur bedingt als Wohlstandsindikator eignet, ist hinlänglich bekannt. Kritik gibt es vor allem daran, dass offensichtlich wohlförderungsmindernde Ereignisse wie Kriege oder Naturkatastrophen kurzfristig zu einer Steigerung der Wirtschaftsleistung führen (langfristig ist dies wegen der Zerstörung von Kapital eher nicht der Fall). Zudem werden wichtige im Haushalt oder ehrenamtlich erbrachte Leistungen nicht erfasst. Ein weiterer Kritikstrang zielt auf das Fehlen von Nachhaltigkeitsaspekten ab. Hier geht es um ökologische (Klimawandel) wie auch ökonomische Folgeschäden (Verschuldung) heutiger Wirtschaftstätigkeit. Zur Verteidigung des Bruttoinlandsprodukts lässt sich allerdings sagen, dass es nie als Wohlstandsindikator gedacht war – wir haben es über die Jahre lediglich dazu gemacht.

Doch das Bruttoinlandsprodukt hat nicht nur Schwächen in der korrekten Bilanzierung des Wirtschaftsvolumens. Viele bemängeln auch das Fehlen von Verteilungsaspekten. Da aber nicht klar ist, wie eine optimale Verteilung auszusehen hätte, ist die Gültigkeit dieses Einwands höchst umstritten. Entscheidender für die Beantwortung der Frage, ob das Bruttoinlandsprodukt als Wohlstandsindikator taugt, ist allerdings, ob das subjektive Wohlbefinden der Menschen tatsächlich vom Einkommen abhängt. Auslöser dieser Diskussion war die als „Easterlin Paradox“ in die Literatur eingegangene Beobachtung des Ökonomen Richard Easterlin, dass innerhalb eines Landes zwar reichere Menschen glücklicher sind als arme, die Gesellschaft als Ganzes durch ein höheres Einkommen (Bruttoinlandsprodukt) aber nicht glücklicher werden muss.²⁸

Wohlstand messen – aber wie?

Wirtschaftskraft und Wohlstand sind also nicht unbedingt dasselbe. Um dem Rechnung zu tragen, haben verschiedene Organisationen in den vergangenen Jahren Indizes entwickelt, die Wohlstand international vergleichbar machen sollen und sich dabei nicht nur auf das materielle Wohlergehen beziehen. Den höchsten Bekanntheitsgrad hat bis heute der von den Vereinten Nationen geschaffene „Human Development Index“ erreicht. Er baut auf dem von Amartya Sen erdachten „Capabilities Approach“ auf, nach dem jeder Mensch bestimmte Befähigungen haben sollte, die es ihm erlauben, sein Leben erfolgreich zu gestalten. Materieller Wohlstand ist hierbei nur Mittel zum Zweck, um die Freiheit des Individuums zu erhöhen und ihm zu einem selbstbestimmten Leben zu verhelfen. Als Beispiele wichtiger Befähigungen nennt Sen unter anderem

ein langes Leben, eine gute Ernährung, Lese- und Schreib- sowie Kommunikationsfähigkeit.^{29*}

Der Human Development Index kombiniert die Kaufkraft der Bevölkerung mit Kennzahlen zur Lebenserwartung und zum Bildungsstand. Inzwischen existieren außerdem Erweiterungen, die den Grad der materiellen Ungleichheit sowie Geschlechtergerechtigkeit mit in die Berechnungen einbeziehen. Wegen seiner inhaltlichen Zusammensetzung wird der Human Development Index vorwiegend im Rahmen der Entwicklungspolitik genutzt. Ein mehr auf entwickelte Länder zugeschnittener Index ist der sogenannte „Happy Planet Index“. Er lässt das Materielle gänzlich außen vor, bezieht dafür aber über den ökologischen Fußabdruck das Thema Nachhaltigkeit in die Wohlbilanz mit ein. Außerdem umfasst er Angaben zur Lebenserwartung und zur subjektiven Lebenszufriedenheit der Menschen.

In Deutschland haben verschiedene Think Tanks ihre eigenen Indizes entworfen, die „Nationaler Wohlfahrtsindex“, „Fort-schrittsindex“ oder „Wohlstandsquartett“ heißen, und auf unterschiedliche Art und Weise das Bruttoinlandsprodukt um weitere Indikatoren ergänzen. Dass sie dabei höchst unterschiedliche Kennzahlen zu Rate ziehen, illustriert eines der Kardinalprobleme der Wohlstandsmessung, nämlich die Auswahl der Indikatoren und deren relative Gewichtung. Da es keine allgemeingültige Definition von Wohlstand gibt, basiert die Auswahl der

Faktoren zwangsläufig auf den Präferenzen der jeweiligen Autoren.

Auch hochrangige Kommissionen, die sich in den vergangenen Jahren mit der Suche nach geeigneten Wohlstandsindikatoren befasst haben, konnten dieses Problem nicht lösen.³⁰ Sie haben zwar umfassend das Für und Wider verschiedener Kennzahlen analysiert und Kataloge mit aus ihrer Sicht wünschenswerten Indikatoren zusammengestellt. Doch trotz vieler Gemeinsamkeiten zwischen den Arbeiten dieser Kommissionen finden sich auch entscheidende Unterschiede. Dies lässt vermuten, dass es den einen, ultimativen Wohlstandsindikator oder -index nicht geben kann. Es bestätigt außerdem, dass Wohlstand an sich eine höchst subjektive Angelegenheit ist. Weitgehende Einigkeit herrscht einzig darüber, dass es Ziel des Menschen ist, sein Überleben zu sichern und der ärgsten Armut zu entkommen. Hat er dies – wie in den entwickelten Ländern – einmal geschafft, gehen die Meinungen über nachgelagerte Ziele weit auseinander.

Die glückliche Gesellschaft

Wenn Wohlstand eine subjektive Sache ist, sollte er dann nicht auch anhand subjektiver Kennzahlen gemessen werden? Eben diesem Ziel hat sich die Glücksforschung verschrieben. Bei dem Versuch, Glück zu messen, greifen Wissenschaftler gewöhnlich zu standardisierten Fragebögen, auf denen Befragte auf einer Skala von 0 bis 10 angeben, wie glücklich sie in diesem Moment beziehungsweise wie zufrieden sie mit ihrem Leben im Allgemeinen sind.** Im Vergleich zu den oben

* Die US-amerikanische Philosophin Martha Nussbaum legt sich in einer Weiterentwicklung des Capabilities Approach auf zehn zentrale menschliche Befähigungen fest. Diese umfassen: 1. Leben, 2. körperliche Gesundheit, 3. körperliche Integrität, 4. Sinne, Vorstellungskraft und Denken, 5. Emotionen, 6. praktisches Abwägen, 7. Zugehörigkeit, 8. andere Lebewesen, 9. Spiel, 10. politische und materielle Kontrolle über das eigene Leben. (Nussbaum, M. (2007). Human Rights and Human Capabilities. Harvard Human Rights Journal, 20, 21 – 24.)

** Die Begriffe Glück und Lebenszufriedenheit werden hier als Synonyme verwendet, obwohl sie dies in der Forschung streng genommen nicht sind. Während Glück eine meist vorübergehende, flüchtige Empfindung ausdrückt, beschreibt Zufriedenheit einen stabileren, länger anhaltenden Zustand.

genannten Indizes hätte ein Glücksindikator einige entscheidende Vorteile: Er wäre relativ einfach zu verstehen und damit auch leicht vermittelbar. Außerdem würde das leidige Thema der Auswahl und Gewichtung verschiedener Faktoren umgangen. Und schließlich lässt sich sogar argumentieren, dass Glück demokratischer ist als etwa das Bruttoinlandsprodukt, weil hier jeder Bürger genau eine Stimme hat, während der Wert der Güter in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung über die Maßen von jenen bestimmt wird, die über eine hohe Kaufkraft verfügen.³¹

Da Glückswerte aber nicht objektiv feststellbar sind, liegt die Vermutung nahe, dass sie diversen Verzerrungen ausgesetzt sind. Verändern sich die Antworten bei wiederholten Befragungen? Spiegeln sie die tatsächlichen Gefühle der Befragten wider? Sind die Ergebnisse international vergleichbar? Umfangreiche Untersuchungen haben ergeben, dass die meisten dieser Bedenken keine ernsthaften Probleme darstellen. Und trotzdem eignet sich das Glück nicht unbedingt als Politikziel. Denn subjektive Antworten lassen sich zielgerichtet einsetzen und sind somit relativ leicht manipulierbar – sowohl von der Politik als auch von Bürgern. Die permanenten Befragungen zu verschiedenen Bereichen des Lebens, die notwendig wären, um Aussagen über Glück im Zeitverlauf und Gründe für Veränderungen zu treffen, zögen zudem einen enormen Verwaltungsaufwand nach sich. Die Bürger könnten derlei Kontrolle schnell als Ärgernis wahrnehmen. Und schließlich lehrt uns die Glücksforschung selbst, dass gerade die aktive Suche nach dem Glück eher das Gegenteil bewirkt.³²

	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner (in Kaufkraftstandards), 2010	Human Development Index, 2011	Happy Planet Index, 2009	Glück, 2000 – 2009
1	Katar	Norwegen	Costa Rica	Costa Rica
2	Luxemburg	Australien	Dominikanische Republik	Dänemark
3	Singapur	Niederlande	Jamaika	Island
4	Norwegen	USA	Guatemala	Schweiz
5	Brunei	Neuseeland	Vietnam	Finnland
6	Vereinigte Arabische Emirate	Kanada	Kolumbien	Mexiko
7	USA	Liechtenstein	Kuba	Norwegen
8	Schweiz	Irland	El Salvador	Kanada
9	Niederlande	Deutschland	Brasilien	Panama
10	Australien	Schweden	Honduras	Schweden
11	Österreich	Schweiz	Nicaragua	Australien
12	Irland	Japan	Ägypten	Kolumbien
13	Kanada	Island	Saudi-Arabien	Luxemburg
14	Kuwait	Südkorea	Philippinen	Österreich
15	Schweden	Dänemark	Argentinien	Dominikanische Republik
16	Island	Israel	Indonesien	Irland
17	Dänemark	Belgien	Bhutan	Niederlande
18	Belgien	Österreich	Panama	Brasilien
19	Deutschland	Frankreich	Laos	Neuseeland
20	Taiwan	Slowenien	China	Venezuela
	...77. Costa Rica	...36. Katar	...51. Deutschland	...29. Deutschland
		...68. Costa Rica	...164. Katar*	...40. Katar

Die 20 führenden Länder nach verschiedenen Wohlstandsmaßen

Katar, Norwegen oder Costa Rica?

Gemessen am Bruttoinlandsprodukt je Einwohner ist Katar das wohlhabendste Land der Welt. Im Human Development Index taucht der Wüstenstaat dagegen nicht unter den 20 führenden Ländern auf, da Lebenserwartung und Bildungsniveau deutlich hinter den vom Öl katalysierten materiellen Verhältnissen zurückbleiben. Hier liegt Norwegen vorn, und Deutschland schafft es immerhin auf Platz 10. Doch sobald subjektive Indikatoren zum Wohlbefinden einbezogen und materielle außen vor gelassen werden, ändert sich das Bild abermals: Costa Rica steht auf der Glücksskala ganz oben und lässt auch beim Happy Planet Index alle anderen Staaten hinter sich. Mit dem ökologischen Fußabdruck fließt ein Nachhaltigkeitsmaß in die Bewertung des Happy Planet Indexes ein, wodurch hochentwickelte Industrieländer vergleichsweise schlecht dastehen.

(Datengrundlage: IWF, World Economic Outlook Database, Washington DC; Vereinte Nationen, World Development Report 2011, New York; New Economics Foundation, Happy Planet Index 2.0, London; World Database of Happiness, Average Happiness in 149 Nations 2000 – 2009, Rotterdam)

* Die Daten zum Happy Planet Index für Katar stammen aus dem Jahr 2006, da das Land 2009 nicht mehr untersucht wurde.

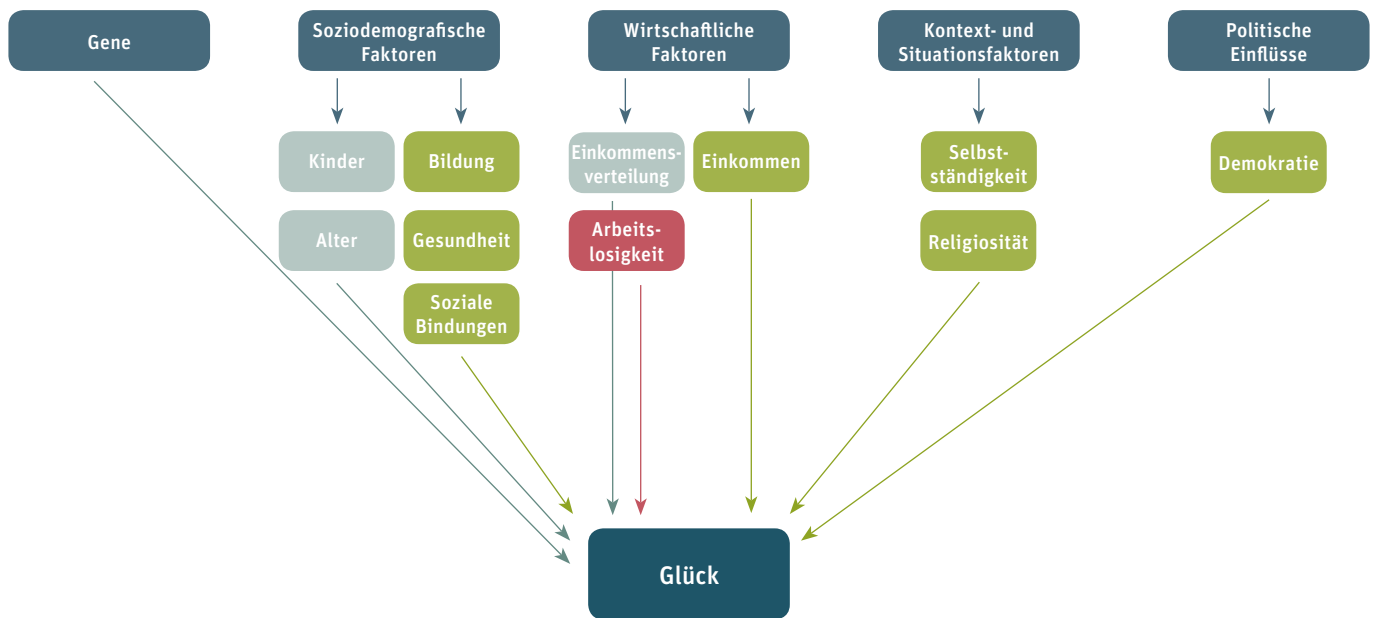
Es ist also unrealistisch, Glück direkt zum Maß für politische Erfolge zu machen. Dennoch kann uns die Glücksforschung dabei helfen, jene Faktoren zu identifizieren, die einen positiven Einfluss auf die subjektiv empfundene Zufriedenheit der Menschen haben. So führt ein höheres Einkommen tatsächlich zu einem höheren Glücksempfinden. Allerdings werden die Glückszuwächse mit jedem extra verdienten Euro immer geringer. Dies gilt nicht nur für das Individuum, sondern auch und gerade für die Gesellschaft: Ab einem bestimmten Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, etwa 10.000 US-Dollar im Jahr, wächst die Lebenszufriedenheit selbst bei weiterem Wachstum nur noch minimal. So waren die Deutschen im Jahr 2000 nicht glücklicher als 1970, obwohl sich das um Preissteigerungen bereinigte Pro-Kopf-Einkommen im selben Zeitraum verdoppelt hatte. Erklären lässt sich dieses Phänomen einerseits damit, dass wir unser Einkommen nicht absolut beurteilen, sondern im Vergleich zu anderen. Bei Einkommenszuwächsen, die uns eigentlich gegenüber den Vergleichspersonen besser dastehen lassen sollten, suchen wir uns aber eine neue Vergleichsgruppe, in der wir relativ gesehen wieder am unteren Ende liegen. Andererseits gewöhnen wir uns relativ schnell an den neuen materiellen Wohlstand und nehmen ihn als gegeben hin. Deswegen hält auch die kurzfristige Hochstimmung nach einem Lottogewinn nicht lange an.³³

Doch warum ist dies so? Wäre es für den Menschen nicht vorteilhafter, sich jeweils einer Vergleichsgruppe zuzuordnen, an deren Spitze er steht? Möglicherweise ja. Doch er tut es nicht, da er permanent darauf bedacht ist, seinen Status zu verbessern, nach Höherem zu streben. Dabei unterliegt er allerdings einer Fehleinschätzung: Denn nach allem, was die Wissenschaft weiß, machen äußere Attribute wie ein hohes Einkommen oder ein schnelles Auto weit weniger glücklich als oft angenommen, während die Wirkungen einer intakten Familie, von stabilen sozialen Beziehungen und von ausfüllenden Hobbys unterschätzt werden. Bei der Statusjagd spielt auch eine Rolle, dass wir dazu tendieren, unsere Fähigkeiten im Vergleich zu anderen zu überschätzen und dass wir gleichzeitig über die Maßen optimistisch sind. Wir gehen also davon aus, dass wir unseren Status relativ leicht verbessern können.³⁴ Hätten wir diese Eigenschaft nicht, würden wir wohl nur über einen Bruchteil unserer Innovationskraft verfügen.

Ein weiterer extrem wichtiger Faktor für die Lebenszufriedenheit ist der Erwerbstatus. Erwerbstätige sind signifikant glücklicher als Arbeitslose, und der Verlust des Jobs bewirkt höhere langfristige Glückseinbußen als jedes andere Ereignis, einschließlich Scheidung und Trennung. Die Einkommenseinbußen sind hierbei gar nicht eingerechnet. Denn Arbeitslosigkeit führt zu einem Verlust an Selbstwertgefühl, zu Angst und Depression. Eine hohe Arbeitslosenquote bedeutet für ein Land also nicht nur Wohlfahrtsverluste, weil weniger produziert wird – sondern vor allem ein geringeres subjektives Wohlbefinden der Bürger, die hierdurch wiederum schlechtere Chancen haben, in Zukunft Arbeit zu finden.³⁵

Auch die Gesundheit – und zwar vor allem die subjektive Einschätzung der eigenen Gesundheit – beeinflusst die Lebenszufriedenheit. Menschen, die sagen, es ginge ihnen körperlich und geistig gut, sind durchschnittlich glücklicher als der Rest. Ob sie tatsächlich gesund sind, ist dabei eher zweitrangig. Warum objektive und subjektive Gesundheit zwar oft, aber nicht immer miteinander einhergehen, kann wiederum die Logik des sozialen Vergleichs erklären. So fühlen sich ältere Menschen oft gesünder als sie eigentlich sind, da ihre Freunde mit noch ärgeren Problemen zu kämpfen haben.

Aus demografischer Sicht interessant ist auch der Effekt des Alters. So erleben junge und alte Menschen (solange sie gesund sind) die höchste Zufriedenheit, während dazwischen die sprichwörtliche Mid-Life-Crisis einsetzt. Zudem sind Verheiratete im Mittel glücklicher als Singles, und Gebildete glücklicher als weniger Gebildete. Kinder tragen dagegen statistisch erst zum Glück der Eltern bei, wenn sie aus dem Haus sind. Und auch kulturelle und politische Faktoren können eine Rolle spielen: Demokratie macht die Menschen glücklich, da sie ihnen das Gefühl gibt, mitbestimmen zu können und damit Kontrolle über ihr Umfeld auszuüben. Aus ähnlichen Gründen sind Selbstständige glücklicher als Angestellte. Religiöse Personen wiederum sind zufriedener mit ihrem Leben als nicht-religiöse, da sie die Dinge, die sie ohnehin nicht in der Hand haben, weniger hinterfragen und zudem in ihren Gemeinden in der Regel über stabile soziale Netzwerke verfügen.³⁶



Wichtige Einflussfaktoren* auf das subjektive Wohlbefinden; positive Einflüsse sind grün dargestellt, negative rot und uneinheitliche grau.

(Eigene Einteilung auf Grundlage von: Frey, B.S. & Frey Marti, C. (2010). Glück. Die Sicht der Ökonomie. Kompaktwissen CH, Band 13. Zürich/Chur: Rüegger Verlag)

Da das Glück von sozialen Normen beeinflusst wird, können sich seine Determinanten allerdings verändern und sich zwischen verschiedenen Kulturen unterscheiden. Der Unterschied in der Lebenszufriedenheit zwischen Verheirateten und Singles etwa nimmt seit Jahren ab – in einer Zeit, in der die Ehe als soziale Institution in weiten Teilen der westlichen Welt an Ansehen einbüßt. Einkommensungleichheit wiederum führt bei Europäern zu weniger Zufriedenheit, während sie in den USA keinen signifikanten Einfluss auf das Glück ausübt. Der Glaube daran, durch persönliche Anstrengungen sozial aufsteigen zu können, ist dort größer – obwohl dies empirisch betrachtet keinesfalls so ist.³⁷

Die Wandelbarkeit des Glücksbegriffs ist Stärke und Schwäche zugleich. Der indische Nobelpreisträger Amartya Sen weist darauf hin, dass Anpassung und Beeinflussung den Menschen dazu verleiten können, durch die „falschen“ Dinge glücklich zu werden. So könnten bestimmte Gruppen aus der Gesellschaft ausgegrenzt und diskriminiert werden, wenn dies der Mehrheit Freude bereiten würde.³⁸ Diese Gefahr ist allerdings auch bei Sens Capabilities Approach nicht ganz von der Hand zu weisen, da hier zwar objektiv messbare Faktoren identifiziert werden, die als Basis für ein erfülltes Leben dienen, diese aber durch einen demokratischen Prozess ständiger Revision unterliegen sollen. Für die Praxis ist ein

Die Quellen des Glücks

Einflussfaktoren* auf das subjektive Wohlbefinden der Menschen lassen sich grob in fünf Kategorien einteilen. Während die Gene der Menschen gegeben sind und manchen eine vorteilhaftere Ausgangsposition als anderen verschaffen, können Menschen Faktoren wie die wirtschaftliche Lage, soziodemografische Eigenschaften und politische Rahmenbedingungen aktiv gestalten. Der Effekt von vielen dieser Faktoren kann allerdings je nach Land und Zeitpunkt variieren. Zudem lassen sich Ursache und Wirkung nicht immer klar voneinander trennen. So wirkt sich die Gesundheit positiv auf das Glücksempfinden aus; glückliche Menschen haben aber auch ein besseres Immunsystem und sind deswegen gesünder.

* Die hier dargestellten Faktoren sind lediglich eine Auswahl von wichtigen in der Literatur behandelten Themen. Die Grafik erhebt daher keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

reiner Utilitarismus, also das ungehinderte Streben nach dem größten Nutzen – hier Glück – für die größtmögliche Anzahl von Menschen, ohnehin undenkbar und nicht wünschenswert. Selbst wenn es dem Großteil der Menschen Freude bereiten würde, Terrorverdächtige präventiv zu foltern, wäre dies in westlichen Gesellschaften inakzeptabel. Gewisse Grundrechte, wie sie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankert sind und im Capabilities Approach mitschwingen, müssen das Glücksstreben auf ein vernünftiges Maß erden. Auch die Frage nach der Verteilung des Wohlstands, die weder im Bruttoinlandsprodukt noch in gängigen Glücksindikatoren abgebildet ist, verliert durch solche Grundrechte an Schärfe.

Grenzen des Glückskonzepts

Das Streben nach Mehr, der Wettkampf jedes Einzelnen um Anerkennung von außen, scheint also tief in uns verankert zu sein. Allerdings ist nicht vorprogrammiert, dass dieser Wettkampf seinen Ausdruck vorwiegend in der Ansammlung materieller Reichtümer findet. Aus der Glücksperspektive lässt sich zum heutigen Zeitpunkt dennoch nicht behaupten, dass die Menschen kein wirtschaftliches Wachstum mehr wollten. Ganz im Gegenteil: Selbst ein stagnierendes oder gar rückläufiges Bruttoinlandsprodukt würde nicht dazu führen, dass sie auf individueller Ebene die Jagd nach materiellen Gütern einstellen. Viel eher würde es bestehende Verteilungskämpfe anheizen.

Wo aber bleibt in diesem Szenario die Umwelt? Sie markiert eine weitere Grenze des Glückskonzepts. Denn offensichtlich lassen die Menschen die Nachhaltigkeit ihres Tuns nicht adäquat in ihre persönliche Glücksbilanz einfließen. Was im Englischen „problem of the commons“ genannt wird, gilt auch hier: Zwar strebt

jeder Mensch danach, das eigene Überleben zu sichern, aber für das gemeinsame Überleben der Art fühlt er sich nur bedingt zuständig.

Die Demografie spielt uns also gewissermaßen in die Karten. Ein niedrigeres Wirtschaftswachstum wäre eine gute Nachricht für die Natur. In den Worten des britischen Ökonomen Nicholas Stern ausgedrückt: „Die Kosten des Klimawandels sind der größte und umfassendste Marktfehler aller Zeiten.“³⁹ Denn diese Kosten könnten die unwiderrufliche Zerstörung unserer Lebensgrundlage und damit selbstverständlich auch unseres Wirtschaftssystems beinhalten. Sollten wir so weitermachen wie bisher, würde sich der globale Ressourcenverbrauch nach Schätzungen der Vereinten Nationen bis 2050 verdreifachen.⁴⁰ Verständlicherweise wird vor diesem Hintergrund der Ruf nach einem ressourcenschonenden Wachstum laut, einem „good growth“ oder „green growth“. Ob es allerdings möglich ist, Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch nachhaltig voneinander abzukoppeln – gerade auf internationaler Ebene –, wird heftig diskutiert. Deutschland hat sich hier in den vergangenen 20 Jahren relativ gut geschlagen. Dies liegt allerdings auch daran, dass viele der extrem ineffizienten Betriebe in Ostdeutschland geschlossen wurden. Um das in der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie von 2002 festgehaltene Ziel von einer Verdopplung der Ressourcenproduktivität bis 2020 (Basisjahr 1994) zu erreichen, braucht es jedoch zusätzliche Anstrengungen.⁴¹ Die Abgaben auf umweltbelastende Produktionsmethoden und Verbrauchsgüter werden daher wohl auch in Zukunft eher steigen. Ob dies dann wachstumshemmend wirkt oder Anreize bietet, um in umwelt- und ressourcenschonendere Produktionsmethoden zu investieren und damit neues Wachstum zu generieren, hängt auch von der genauen Ausgestaltung der Politikinterventionen ab.

Sollte es tatsächlich zu einem anhaltenden Nullwachstum kommen, stünde unsere Gesellschaft vor einem großen Fragezeichen. Ein schlüssiges makro-ökonomisches Modell zu einer stagnierenden Wirtschaft liegt bis heute nicht vor. Es stellt sich daher die Frage, ob wirtschaftliche Stagnation nicht die erste Stufe einer Abwärtsspirale ist. Denn Deutschland ist keine Insel im luftleeren Raum: Hochmobiles Kapital aus dem Ausland wird kaum hierher fließen, wenn die Renditen anderswo deutlich höher liegen; vorhandenes Kapital könnte abgezogen werden.

Es ist wichtig zu erkennen, dass die Ergebnisse der Glücksforschung überwiegend im Kontext reicher Länder entstanden und zu interpretieren sind. Viele Entwicklungsländer zeigen deutlich niedrigere Werte bei der Lebenszufriedenheit. Ein möglicherweise sinkendes Bruttoinlandsprodukt mit Verweis auf die Glücksforschung achselzuckend hinzunehmen ist daher nicht angezeigt. Zudem gibt es bislang keine Erfahrungswerte, wie zufrieden eine Gesellschaft sein kann, die sich ökonomisch zurückentwickelt. Genauso wenig führt aber die Maxime „größtmögliches Wachstum um jeden Preis“ zum Ziel. Dass die materielle Lage nur ein Stein im Wohlstandsmosaik ist, scheinen wir noch immer nicht ausreichend zu erkennen. So sind Bildung und Gesundheit nicht nur Mittel zum ökonomischen Zweck, sondern auch und vor allem an sich glücksstiftend. Doch wie selten wird etwa die Entwicklung der Lebenserwartung in Deutschland in Medien erwähnt? Dabei gewinnen die Deutschen pro Jahrzehnt etwa zwei Jahre an Lebenszeit, die sie nicht etwa krank im Rollstuhl, sondern zu einem großen Teil gesund verbringen.

3 Chancen und Herausforderungen des demografischen Wandels

Der demografische Wandel bietet uns also auch Chancen, unser Wohlergehen zu erhöhen. Wie aber können wir diese nutzen? Und stehen sie im Einklang mit oder im Widerspruch zu ökonomischen Zielen? Der letzte Abschnitt dieses Diskussionspapiers führt die Ergebnisse der ersten beiden Teile zusammen und zeigt, welche Möglichkeiten und Herausforderungen sich aus der Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung für die Gesellschaft ergeben.

Das Arbeitsleben entzerren

Die gestiegene Lebenserwartung bringt weitreichende Veränderungen für unsere Gesellschaft mit sich. Der chronologische Lebenslauf, in dem eine Phase der Erwerbstätigkeit auf eine Phase der Ausbildung folgt und dann von einer immer längeren Ruhestandsphase abgelöst wird, lässt sich mit den aktuellen Gegebenheiten nur schwer vereinbaren. Struktur- und technologischer Wandel verlangen, dass sich Menschen immer wieder neu qualifizieren. Ausbildungsphasen gehören also nicht nur vor die Erwerbstätigkeit, sondern müssen die Menschen ihr Leben lang begleiten. Die resultierenden Pausen in der Erwerbstätigkeit, die zudem durch die steigende Zahl von erwerbstätigen Frauen sowie Männern in Elternzeit zunehmen, verlangen darüber hinaus nach einer aktiven Wiedereingliederungspolitik.

Doch die gestiegene Lebenserwartung fordert nicht nur eine Neugestaltung der Erwerbsbiografien, sie ermöglicht sie auch. Ein heute 70-Jähriger ist an der körperlichen und geistigen Fitness gemessen mit einem 70-Jährigen von vor einigen Jahrzehnten nicht zu vergleichen. Trotzdem behandeln ihn Gesetz und Arbeitgeber kaum anders – vor allem schreiben sie ihm mehr oder weniger vor, dass er nicht mehr zur Erwerbsbevölkerung gehört. Eine weitere Flexibilisierung der Regelungen für den Renteneintritt könnte dafür sorgen, dass er länger am Arbeitsleben teilhaben kann, zum Beispiel über Altersteilzeit. Ein höheres Renteneintrittsalter hätte den positiven Nebeneffekt, dass zwischenzeitliche Auszeiten vom Erwerbsleben und der Trend zur kürzeren Wochenarbeitszeit volkswirtschaftlich weniger ins Gewicht fallen würden. Die Gesamtarbeitszeit könnte so über den Lebenslauf gestreckt werden.

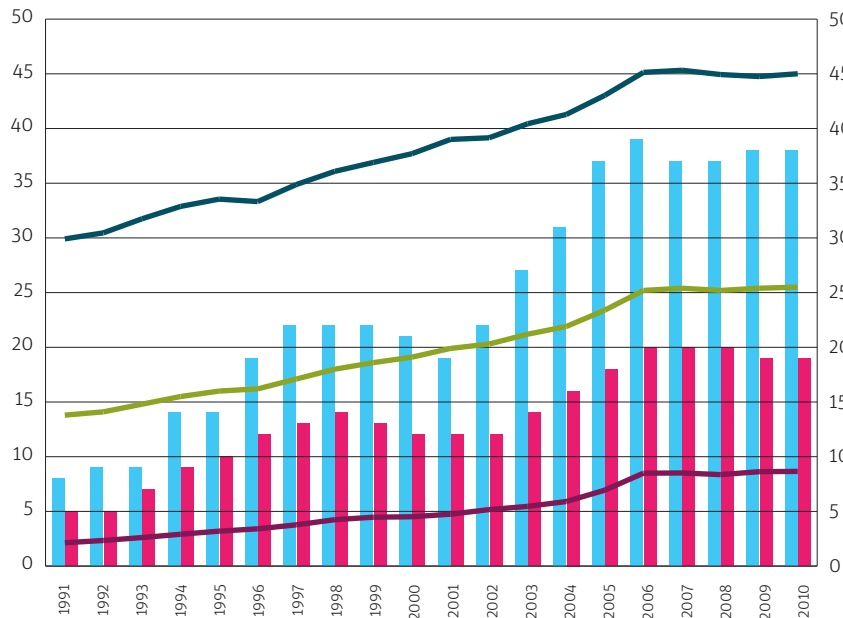
Dies könnte vor allem dem Wachstum der Teilzeitarbeit gerecht werden. Denn während eine geringere Wochenarbeitszeit aus Glücksgesichtspunkten durchaus zu begrüßen ist, da die Menschen mehr Zeit für andere Tätigkeiten haben, schlägt sie volkswirtschaftlich negativ zu Buche. Eine längere Lebensarbeitszeit könnte zumindest einen Teil der Einbußen auffangen. Dass hieran ein Bedarf besteht, zeigen Arbeitsmarktdaten. So ist der Anteil der Teilzeitarbeit an der gesamten Erwerbstätigkeit seit 1991 von 13,8 auf 25,5 Prozent gestiegen. Teilzeit ist zwar weiterhin ein vorwiegend weibliches Phänomen, doch auch bei den Männern liegt der Teilzeitanteil inzwischen bei knapp zehn Prozent – 1991 waren es noch ganze zwei

Prozent. Allerdings streben 37,8 Prozent der Männer, die in Teilzeit arbeiten, einen Vollzeitjob an – bei den Frauen sind es lediglich 18,7 Prozent. Männer sind zudem überproportional häufig in Aus- oder Fortbildung und kürzen aus diesem Grund ihre Arbeitsstunden. Frauen dagegen sind in Deutschland noch immer stark familiär gebunden und streben daher keine Vollzeitstelle an. Etwa ein Viertel der in Teilzeit tätigen Frauen erklärt, die Betreuung von Kindern und anderen Familienangehörigen sei der Grund für die kürzere Arbeitszeit. Ein weiteres Fünftel nennt andere persönliche oder familiäre Gründe und wiederum ein weiteres Fünftel ganz einfach „andere Gründe“.⁴² Was sich hinter diesen Kategorien verbirgt, ist unklar; von Verpflichtungen im Haushalt bis zu einem Wunsch nach mehr Freizeit ist vieles vorstellbar.⁴³

Prozentualer Anteil der Teilzeitarbeit an der gesamten Erwerbstätigkeit

Prozentualer Anteil unfreiwilliger Teilzeitarbeit an der gesamten Teilzeitarbeit

- Anteil unfreiwilliger Teilzeitarbeit, Männer
- Anteil unfreiwilliger Teilzeitarbeit, Frauen
- Anteil Teilzeitarbeit, gesamt
- Anteil Teilzeitarbeit, Frauen
- Anteil Teilzeitarbeit, Männer



Teilzeitarbeit auf Wachstumskurs

Im Vergleich zu 1991 ist der Anteil der Teilzeitarbeit an der Erwerbstätigkeit deutlich gestiegen – von 13,8 auf 25,5 Prozent. Frauen sind weiterhin häufiger in Teilzeit tätig, obwohl ihr Anteil an allen Teilzeitarbeitern langsam sinkt. Außerdem streben sie seltener eine Vollzeitstätigkeit an als Männer. Verpflichtungen in Familie und Haushalt, die nicht unter unfreiwillige Teilzeitarbeit fallen, hindern Frauen jedoch weiterhin daran, mehr zu arbeiten. Parallel zum Wachstum der Teilzeitarbeit ist auch der Anteil der unfreiwilligen Teilzeitarbeit gewachsen, befindet sich aber im Schnitt beider Geschlechter noch immer bei lediglich 21,9 Prozent. Mit der Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt ab 2006 verlangsamte sich auch das Wachstum der Teilzeitarbeit, da wieder mehr Vollzeitstellen geschaffen wurden.

Teilzeitarbeit in Deutschland, 1991 bis 2010

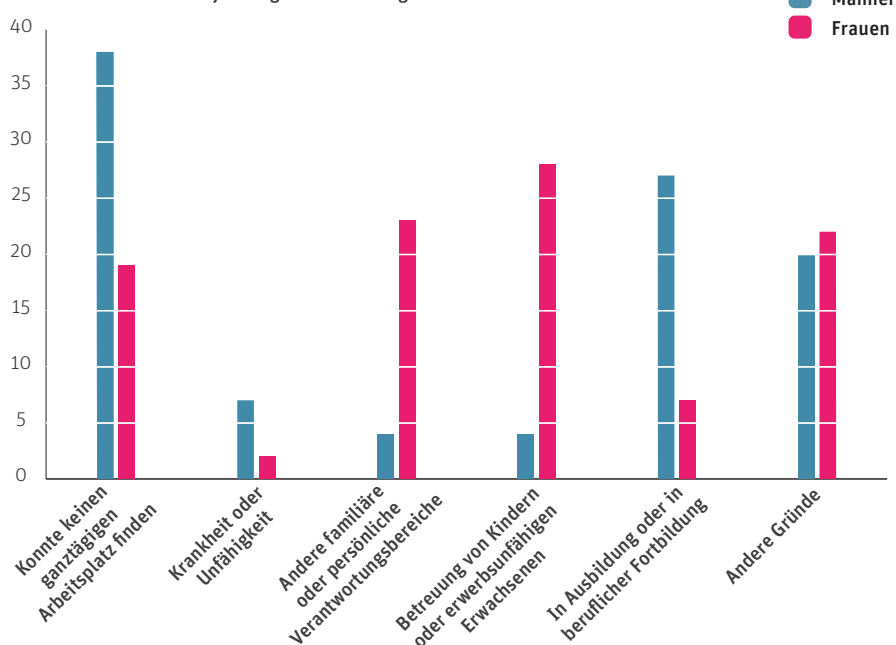
(Datengrundlage: Eurostat, European Union Labour Force Survey, Online-Datenbank, Luxemburg)

Sollte sich der Trend zu einer höheren Erwerbstätigkeit von vor allem Frauen und Senioren in Zukunft fortsetzen, könnte auch der Anteil der Teilzeitarbeit weiter steigen. Ebenso könnte ein größeres Augenmerk auf die Weiterbildung Erwerbstätiger zu einer wachsenden Nachfrage nach flexiblen Arbeitszeitmodellen führen. Gegenläufige Faktoren in dieser Hinsicht sind der für 2013 anvisierte Abschluss des Kita-Ausbaus, der zur Folge haben könnte, dass mehr Frauen in Vollzeit arbeiten wollen, sowie der Strukturwandel hin zu einer auf Wissen basierten Dienstleistungsgesellschaft. Denn der Anteil der Beschäftigten in Teilzeit wächst zwar in allen Bildungsgruppen, befindet sich aber bei den Hochqualifizierten mit 18,5 Prozent deutlich unter dem Durchschnitt.⁴⁴

Dass der Anstieg der Teilzeitarbeit nur sehr begrenzt mit einem aktiven Verzicht auf Einkommen zugunsten von mehr Freizeit erklärt werden kann, wird auch bei einem Blick auf die Verteilung von Teilzeitarbeit in verschiedenen Berufsgruppen deutlich. So sind in Deutschland vor allem Verkäufer im Einzelhandel sowie Bürokräfte und Hilfsarbeiter in Teilzeit tätig. Führungskräfte, leitende Angestellte, Wissenschaftler und Techniker, die ob ihrer höheren Einkommen eher veranlasst sein könnten, auf zusätzliches Einkommen zu verzichten, dagegen seltener. Auch die Wachstumsraten der Teilzeitarbeit in diesen Bereichen sind unterdurchschnittlich, eine Angleichung ist also nicht abzusehen.⁴⁵

Inwiefern dies die tatsächlichen Präferenzen Hochqualifizierter widerspiegelt, ist unklar. Aus der Glücksperspektive erscheint es plausibel, dass sie nicht bereit sind, Arbeitszeit für Freizeit einzutauschen. Denn von Ersterer versprechen sie sich über ein höheres Einkommen den größeren Glückszuwachs. Ob dies dann tatsächlich so eintritt, ist wie gesehen eine andere Frage. Gleichmaßen ist es aber vorstellbar, dass Arbeitgeber von Akademikern in geringerem Maße bereit sind, flexible Arbeitszeitmodelle anzubieten. Denn nicht jeder Job kann beliebig auf verschiedene Menschen unterschiedlicher Altersklassen und Qualifikationen aufgeteilt werden. Dies trifft besonders auf Tätigkeiten zu, die einen hohen Bildungsgrad erfordern.

Prozentualer Anteil der jeweiligen Antwortmöglichkeit



Keine Geschlechtergleichheit

Jeder dritte in Teilzeit beschäftigte Mann würde in Vollzeit arbeiten, wenn er eine Stelle angeboten bekäme – bei den Frauen ist es weniger als jede fünfte. Frauen geben als Hauptgründe für Teilzeitarbeit die Betreuung von Kindern und anderen Familienangehörigen sowie andere familiäre Verpflichtungen an. Dies wiederum ist bei Männern äußerst selten ausschlaggebend. Sie gehen dafür häufiger neben dem Job einer Ausbildung oder Weiterbildung nach.

Hauptgrund für Teilzeitarbeit unter Personen von 15 bis 64 Jahren in Deutschland, 2010

(Datengrundlage: Eurostat, European Labour Force Survey, Luxemburg)

Es ist ein weit verbreiteter Irrglaube, dass die Nachfrage nach Arbeit, also die auf die Menschen zu verteilenden Jobs, konstant ist (die sogenannte lump of labour fallacy). Wäre dies so, könnte Arbeit beliebig umverteilt werden, bis alle Menschen Arbeit haben und dafür jeder Einzelne weniger Stunden pro Woche arbeiten müsste. Aus der Glücksperspektive wäre dies sicherlich wünschenswert. Doch eine Umverteilung der Arbeit kann eine geringere Effizienz nach sich ziehen, die sich wiederum negativ auf die insgesamt zu verteilende Arbeit auswirkt.

Wie aber ließe sich der Wunsch nach mehr Zeit für Weiterbildung, Familie, Pflege und Freunde mit der Notwendigkeit eines nicht zu schnell sinkenden Arbeitskräfteangebots vereinbaren? Politikmaßnahmen wie ein späterer Renteneintritt können einen Teil der Last abfedern, leiden aber unter den oben beschriebenen Limitierungen. Zusätzliche Milderung ist

jedoch vom Strukturwandel hin zu einer Wissensökonomie zu erwarten. Denn in einer hochtechnisierten Dienstleistungsgesellschaft ist es möglich, immer mehr Tätigkeiten von Zuhause oder unterwegs auszuüben. Das industrielle Verständnis vom getrennten Arbeits- und Wohnumfeld verliert an Bedeutung. Dies erlaubt es uns, Arbeit dahingehend zu gestalten, dass sie in Einklang mit anderen Lebenszielen steht, zum Beispiel Zeit mit der Familie und Freunden zu verbringen oder Angehörige zu pflegen. Das Konzept der Work-Life-Balance, welches suggeriert, dass sich das eigentliche Leben außerhalb der Arbeitswelt abspielt, ist auf dem Weg zu einem weiter gefassten Wohlstandsbegriff irreführend. Denn Arbeit gehört zum Leben dazu und ist für immer mehr Menschen auch Selbstverwirklichung und Quell von Zufriedenheit. Das Postulat der klassischen Ökonomie, dass der Mensch ohne finanzielle Entlohnung nicht arbeiten würde, erweist sich bei einem genauen Blick in die Praxis als nicht haltbar. Dies

zeigt uns nicht zuletzt die Zahl der freiwillig und ehrenamtlich Engagierten.

Dass Menschen nicht einzig aus monetären Anreizen arbeiten, ist auch für Unternehmer von höchster Bedeutung. Denn in einer schrumpfenden, alternden Bevölkerung wird sich der Wettbewerb um fähige Mitarbeiter intensivieren. Umso wichtiger wird es sein, das vorhandene Personal zu motivieren und zu binden. Schon heute fördern viele große Firmen die Gesundheit ihrer Angestellten. Und dabei muss es keineswegs ausschließlich um Ernährung oder Bewegung gehen: Studien haben ergeben, dass sich das Risiko, an Herzkrankheiten oder Depressionen zu erkranken – zwei der drei häufigsten Gründe für Berufsunfähigkeit –, verdoppelt, wenn sich das Gefühl einstellt, dass einem im Unternehmen nicht genügend Wertschätzung entgegengebracht wird.⁴⁶ In Deutschland geht derzeit knapp jeder Vierte aufgrund von gesundheitlichen Problemen vorzeitig in Rente.⁴⁷

Arbeitslosigkeit vermeiden, Eigenverantwortung stärken

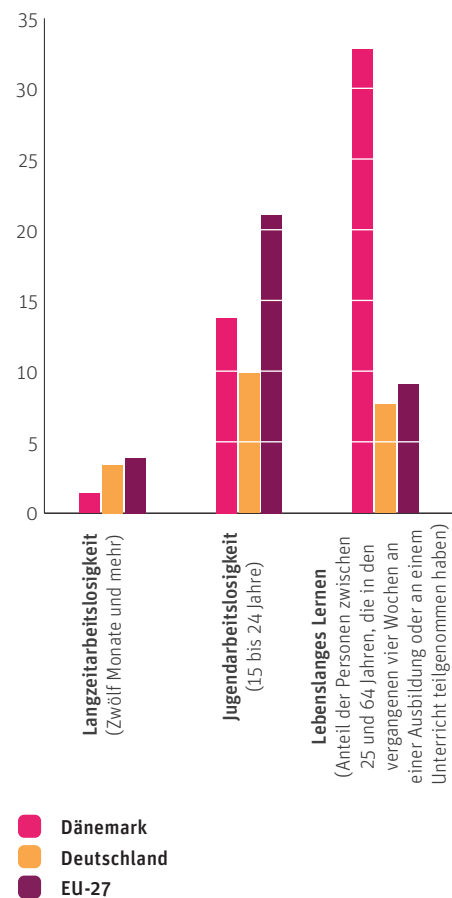
Trotz des Fachkräftemangels ist auch Arbeitslosigkeit weiterhin ein Thema in Deutschland. Gering und neuerdings verstärkt auch durchschnittlich qualifizierte Arbeitskräfte werden auf dem Arbeitsmarkt immer weniger nachgefragt. Gerade hinsichtlich der enormen psychischen Kosten der Arbeitslosigkeit muss das Hauptaugenmerk der Regierung darauf liegen, ein Bildungssystem zu schaffen, das der höchstmöglichen Zahl an Menschen die bestmögliche Ausbildung garantiert. Dabei kommt es keinesfalls einzig darauf an, möglichst viel Geld zu investieren, sondern darauf, es effizient einzusetzen. Die Ergebnisse der Pisa-Studien zeigen dies: Nicht jene Länder, die das meiste Geld ausgeben, haben hier in der Vergangenheit erfolgreich abgeschnitten, sondern jene, die Schulen mehr Autonomie zugestehen, schwache Schüler gezielt unterstützen und höhere Erwartungen an den Lehrerberuf stellen.⁴⁸

Ferner muss sich die Regierung darauf konzentrieren, Anreize für Unternehmensgründungen zu schaffen. Gerade Kleinunternehmen kreieren in entwickelten Ländern Jobs.⁴⁹ Dass Unternehmen in Deutschland hauptsächlich von Menschen, die Mitte 30 sind, gegründet werden, macht das Problem nur dringender.⁵⁰ Denn diese Altersgruppe ist in Deutschland in den vergangenen zehn Jahren am stärksten geschrumpft – von etwa 14 auf knapp zehn Millionen Menschen.⁵¹ Langfristig unumgänglich für eine höhere Beschäftigung sind auch eine flexiblere Lohnpolitik sowie eine Umstrukturierung des Steuersystems: Wer Arbeit weniger besteuert, dafür aber Konsum und Ressourcenverbrauch mehr, hilft Mensch und Umwelt.

Andere Länder können bei der Arbeitsmarktpolitik als Vorbilder dienen: In den 1990er Jahren führte Dänemark das sogenannte „flexicurity“-Modell ein, das Arbeitgebern Flexibilität und Arbeitnehmern Sicherheit bringen soll. Hierfür lockerte die Regierung den Kündigungsschutz, verband dies aber mit einer aktiven Wiedereingliederungspolitik und hohen Transferzahlungen für die kurzen Übergangsphasen. Weiterbildungen und Lebenslanges Lernen stellen weitere Eckpunkte der Strategie dar, die dazu geführt hat, dass es in Dänemark so gut wie keine Langzeitarbeitslosigkeit gibt. Eine Statistik verdeutlicht die Unterschiede diesseits und jenseits der Grenze: Während ein Drittel der dänischen Befragten in der EU-Arbeitskräfteerhebung angibt, sie hätten in den vergangenen vier Wochen an einer Ausbildung oder an einem Unterricht teilgenommen, sind es in Deutschland nur knapp acht Prozent. Dänemark ist damit EU-weit Spitze, Deutschland liegt sogar unter dem unionsweiten Mittel.⁵² Dass die Dänen seit Jahren eines der glücklichsten Völker der Welt sind, hängt auch mit ihrer Arbeitsmarktpolitik zusammen.

In Deutschland ist jedoch beileibe nicht alles schlecht: Die Jugendarbeitslosigkeit lag 2010 mit 9,9 Prozent bei etwa der Hälfte des EU-Schnitts von 21,1 Prozent. Selbst die Dänen schnitten mit 13,8 Prozent geringfügig schlechter ab.⁵³ Für die Zukunft ist es enorm wichtig, dass junge Leute Beschäftigung finden. Denn je länger eine Person arbeitslos ist, desto weniger wahrscheinlich ist es für sie, jemals wieder einen Job zu finden.⁵⁴ Dies hat nicht nur mit dem Bruch im Lebenslauf zu tun, sondern auch mit den psychologischen Spuren, welche die Arbeitslosigkeit hinterlässt. Um Erwerbslosigkeit vorzubeugen, kann es somit auch sinnvoll sein, bei Konjunkturschwankungen Arbeitsplätze über staatlich subventionierte Löhne zu erhalten, wie es in der Wirtschaftskrise 2009 mit dem Kurzarbeitergeld geschehen ist.

in Prozent



Langzeit- und Jugendarbeitslosenquoten sowie Lebenslanges Lernen in Deutschland, Dänemark und der EU-27, 2010

(Datengrundlage: Eurostat, European Labour Force Survey, Online-Datenbank, Luxemburg)

Vom Nachbarn lernen

Deutschland wie Dänemark verzeichnen im europäischen Vergleich überdurchschnittlich gute Arbeitsmarktdaten. Während die Dänen vor allem damit punkten, dass sie Langzeitarbeitslosigkeit weitgehend vermeiden, verfügt Deutschland über eine der niedrigsten Jugendarbeitslosenquoten Europas. Eine Schere zwischen den beiden Nachbarn öffnet sich beim Thema Lebenslanges Lernen: Dänemark liegt hier europaweit an der Spitze, während Deutschland sich im hinteren Mittelfeld aufhält. In einer alternden Gesellschaft wird es jedoch immer wichtiger, auch ältere Erwerbstätige weiter zu qualifizieren.

Zwangsläufig werden Struktur- und demografischer Wandel auch die Eigenverantwortung der Bürger stärken. Denn schlussendlich ist jeder selbst verantwortlich, eine Ausbildung zu wählen, die seine Beschäftigungschancen verbessert. Die Politik kann hierfür nur die bestmöglichen Voraussetzungen schaffen. In einer Arbeitslandschaft, die von immer häufigeren Jobwechseln und vielfältigeren Anstellungsverhältnissen geprägt ist, wird auch persönlichen Kontakten und der Selbstvermarktung eine höhere Bedeutung zukommen.

Auch im Bereich der gesetzlichen Sozialversicherung ist mehr Eigenverantwortung unumgänglich, da die demografische Struktur und ein möglicherweise niedrigeres Wirtschaftswachstum zu weniger schnell wachsenden Einnahmen und zu höheren Ausgaben führen werden. Gleichzeitig verfolgt Deutschland das Ziel der Haushaltskonsolidierung. Tragfähigkeitsanalysen zeigen, dass auch ein hoher Produktivitätsfortschritt nicht dazu führen wird, dass die Sozialversicherungen in ihrer jetzigen Form finanziell überlebensfähig sind.⁵⁵ Um dies zu ändern, müssen Regierungsvertreter mögliche zusätzliche Einnahmequellen ausloten, aber auch die Ausgaben kritisch unter die Lupe nehmen. Die private Altersvorsorge ist nur ein Beispiel für die steigende Eigenverantwortung. Denn ebenso unausweichlich scheinen Privatisierungen, Leistungskürzungen und/oder Beitragssteigerungen im Gesundheits- und Pflegesektor. Hier liegt es im Interesse jedes Einzelnen, Krankheiten durch Prävention so gut es geht zu vermeiden. Der Dringlichkeit von politischen Reformen hin zu einer nachhaltigeren Finanzierung der Sozialsysteme tut dies jedoch keinen Abbruch.

Wohlergehen und Wirtschaftskraft vereinen

Ob wir vor dem Hintergrund eines nachlassenden Produktionspotenzials nun einen neuen Wohlstandsindikator erfinden, ist zunächst unerheblich – den perfekten gibt es ohnehin nicht. Wir haben die Schwächen zusammengesetzter Indizes ebenso beleuchtet, wie jene eines Lebenszufriedenheitsindikators – obwohl gerade Letzterer wertvolle Informationen zur menschlichen Psyche enthält. Eine weitere Alternative wäre ein sogenanntes Armaturenboard von Hauptindikatoren, die in gleichem Maße als Politikziele dienen würden. Dies wäre zwar leichter zu vermitteln als ein zusammengesetzter Index, litte gleichzeitig aber darunter, dass es sich nicht in einem endgültigen Wert darstellen ließe.

Unabhängig davon gilt, dass neue Wohlstandsmaße nur in dem Maße hilfreich sind, wie sie von der Bevölkerung angenommen werden. Hier ist durchaus ein Aufwärtstrend erkennbar. Fragen zur Chancengleichheit im Bildungssystem oder zu gesundheitlichen Nebeneffekten von hoher Arbeitsbelastung erfahren heute eine viel größere Aufmerksamkeit als vor einigen Jahren. Viel wahrscheinlicher als ein einzelner neuer Indikator ist also, dass wir unser Verständnis von Wohlstand erweitern und zusätzliche Faktoren bei der Lebensplanung beachten. Ein Einstellungswandel kann nicht von oben verordnet, sondern nur von verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren angestoßen und vorangetrieben werden. Um dies zu ermöglichen, ist es jedoch notwendig, die Erhebung vor allem nicht-monetärer, sozio-ökonomischer Daten deutlich auszuweiten.

Die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Demografie werden vor allem in den kommenden drei Jahrzehnten zu spüren sein, da in dieser Zeit die Babyboomer die Erwerbsbevölkerung zunächst altern und beim Renteneintritt dann schrumpfen lassen werden. Danach wird sich der Rückgang des Arbeitskräftepotenzials nach aktuellem Kenntnisstand gemäßiger vollziehen und ökonomisch eher zu kompensieren sein. Um aber diese 30 Jahre so gut es geht zu überbrücken, muss es sowohl volkswirtschaftlich als auch aus der Glücksperspektive betrachtet darum gehen, möglichst vielen Menschen Zugang zum Arbeitsmarkt zu verschaffen – vor allem bislang benachteiligten Gruppen. Unvermeidbare Phasen der Arbeitslosigkeit müssen durch eine flexible und aktive Arbeitsmarktpolitik so kurz wie möglich gehalten werden, um die langfristigen psychischen Folgen der Erwerbslosigkeit zu vermeiden. Zudem müssen sich Politiker und Unternehmer noch stärker als bisher für die Aus- und Weiterbildung der Bevölkerung engagieren.

Trotz der absehbaren Wachstumseinbußen eröffnet uns die Demografie aber auch Möglichkeiten. Die längere Lebenserwartung bietet uns die Chance, eine Umverteilung der Arbeitszeit über den Lebenslauf so zu gestalten, dass der Schaden für die Volkswirtschaft so gering wie möglich ausfällt. Eine flexiblere Arbeitswelt, in der Arbeitskräfte relativ zum Kapital an Bedeutung gewinnen, ermöglicht es uns, freier über unsere Zeit zu bestimmen – und fördert damit auch die Vereinbarkeit von Beruf, Familie, Freunden und Pflege. Außerdem dürfte der verstärkte Fokus auf Bildung und Gesundheit nicht nur dem Arbeitsmarkt zu Gute kommen, sondern auch unserem subjektiven Wohlergehen zuträglich sein.

QUELLEN

- ¹ Deutscher Bundestag (2010). Drucksache 17/3853. <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/038/1703853.pdf>, abgefragt am 12.06.2011.
- ² Statistisches Bundesamt (2011). GENESIS-Online-datenbank. Wiesbaden.
- ³ Statistisches Bundesamt (2009). Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden.
- ⁴ Eurostat (2011). Online-Datenbank. Luxemburg.
- ⁵ Vgl. Endnote 4; Vgl. Endnote 2.
- ⁶ Statistisches Bundesamt (2010). Später in den Ruhestand? STATMagazin. http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/STATmagazin/Arbeitsmarkt/2010_09/2010_09PDF.property=file.pdf, abgerufen am 02.07.2011.
- ⁷ Vgl. Endnote 4.
- ⁸ Vgl. Endnote 4.
- ⁹ Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2011). Migranten am Arbeitsmarkt in Deutschland. Working Paper 36. Integrationsreport, 9.
- ¹⁰ Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2011). Fachkräftesicherung. Ziele und Maßnahmen der Bundesregierung. http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/fachkraeftesicherung-ziele-massnahmen.pdf;jsessionid=0FC14092BBE794205C1E638CB2278D9?__blob=publicationFile, abgefragt am 22.09.2011.
- ¹¹ Vgl. Endnote 3.
- ¹² OECD (2011). Online-Datenbank. Paris.
- ¹³ Vgl. Endnote 12.
- ¹⁴ Siebert, H. (1992). Why Has Potential Growth Declined? The Case of Germany. Kiel Working Papers, 525.
- ¹⁵ Ark, B. van, O'Mahony, M. & Timmer, M.P. (2008). The Productivity Gap Between Europe and the United States: Trends and Causes. *Journal of Economic Perspectives*, 22, 25 – 44.
- ¹⁶ Eigene Berechnungen auf Grundlage von: Statistisches Bundesamt (2009). Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden.
- ¹⁷ Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2011). Demografischer Wandel in Deutschland. Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung im Bund und in den Ländern. Heft 1. Wiesbaden.
- ¹⁸ European Commission (2009). 2009 Ageing Report: Economic and budgetary projections for the EU-27 Member States (2008 – 2060). http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/publication14992_en.pdf, abgefragt am 07.11.2001.
- ¹⁹ Börsch-Supan, A. (o.J.). Zu den Auswirkungen der Bevölkerungsalterung auf die Kapitalmärkte. <http://www.boersch-supan.de/axel/AssetMeltdown.pdf>, abgefragt am 06.11.2011.
- ²⁰ KfW Bankengruppe (2005). Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf die Kapitalmärkte. *Mittelstands- und Strukturpolitik*, 33, 1 – 16.
- ²¹ Vgl. Endnote 20.
- ²² Vgl. Endnote 4.
- ²³ Aubert, P. & Crépon, B. (2007). La productivité des salariés âgés: une tentative d'estimation. *Économie et Statistique*, 363, 95 – 119.; Skirbekk, V. (2003). Age and Individual Productivity. A Literature Survey. MPIDR Working Paper WP 2003-28.; Werding, M. (2007). Ageing, Productivity and Economic Growth: A Macro-level Analysis. Ifo Institute for Economic Research & CESifo, http://hermes-ir.lib.hit-u.ac.jp/rs/bitstream/10086/14651/1/pie_dp338.pdf, abgefragt am 24.08.2011.
- ²⁴ Sharpe, A. (2011). Is Ageing a Drag on Productivity Growth? A Review Article on Ageing, Health and Productivity: The Economics of Increased Life Expectancy. *International Productivity Monitor*, 21, 82 – 94.
- ²⁵ Deutsche Bundesbank (2004). Demographische Belastungen für Wachstum und Wohlstand in Deutschland. Monatsbericht 56. Frankfurt am Main.
- ²⁶ Börsch-Supan, A. & Weiss, M. (2007). Productivity and the Age Composition of Work Teams: Evidence from the Assembly Line. *MEA Discussion Papers*, 148.
- ²⁷ Skirbekk, V. (2003). Age and Individual Productivity. A Literature Survey. MPIDR Working Paper WP 2003-28.
- ²⁸ Easterlin, R.A. (1974). Does Economic Growth Improve the Human Lot? In: P.A. David & M.W. Reder (Hrsg.). *Nations and Households in Economic Growth: Essays in Honor of Moses Abramowitz*. 89 – 125. New York: Academic Press.
- ²⁹ Sen, A. (1984). *Resources, Values and Development*. Oxford: Basil Blackwell.
- ³⁰ Vgl.: Stiglitz, J.E, Sen, A & Fitoussi, J.-P. (2009). Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress. http://www.stiglitz-sen-fitoussi.fr/documents/rapport_anglais.pdf, abgefragt am 13.09.2011.; Sachverständigenrat zu Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung & Conseil d'Analyse Économique (2010). *Wirtschaftsleistung, Lebensqualität und Nachhaltigkeit: Ein umfassendes Indikatorensystem*. http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/Expertisen/2010/ex10_de.pdf, abgefragt am 02.09.2011.
- ³¹ Stutzer, A. & Frey, B.S. (2010). Happiness and Political Institutions. *CESifo DICE Report*, 8, 32 – 36.
- ³² Gruber, J., Mauss, I.B. & Tamir, M. (2011). A Dark Side of Happiness? How, When, and Why Happiness Is Not Always Good. *Perspectives on Psychological Science*, 6, 222 – 233.
- ³³ Frey, B.S. & Frey Marti, C. (2010). *Glück. Die Sicht der Ökonomie*. Kompaktwissen CH, Band 13. Zürich/Chur: Rüegger Verlag.
- ³⁴ Vgl. Endnote 33.
- ³⁵ Vgl. Endnote 33.
- ³⁶ Vgl. Endnote 33.
- ³⁷ Alesina, A., di Tella, R. & MacCulloch, R. (2004). Inequality and Happiness: Are Europeans and Americans Different? *Journal of Public Economics*, 88, 2009 – 2042.
- ³⁸ Sen, A. (1999). *Development as Freedom*. Oxford: University Press.
- ³⁹ Zitat in Marks, N. (2011). Warum wir Reichtum neu definieren müssen. In: *Web for Interdisciplinary Research & Expertise*. Geld ist tot. Lang lebe Geld. Abstract, 2, 53 – 59.
- ⁴⁰ United Nations Environment Programme (2011). *Decoupling Natural Resource Use and Environmental Impacts from Economic Growth*. A Report of the Working Group on Decoupling to the International Resource Panel. http://www.unep.org/resourcepanel/decoupling/files/pdf/decoupling_report_english.pdf, abgefragt am 05.09.2011.
- ⁴¹ Vgl. Endnote 40.
- ⁴² Eurostat (2011). *European Union Labour Force Survey*. Online-Datenbank. Luxemburg.
- ⁴³ Vgl. Endnote 42.
- ⁴⁴ Vgl. Endnote 42.
- ⁴⁵ Vgl. Endnote 42.
- ⁴⁶ Tautz, A. (31.08.2011). Vortrag auf dem 6. Demographie-Kongress Best Age in Berlin.
- ⁴⁷ Statistisches Bundesamt (2010). Mehr als jeder Fünfte geht wegen Gesundheitsproblemen in den Ruhestand. *Pressemitteilung Nr. 333*. Wiesbaden.
- ⁴⁸ *The Economist* (17. September 2011). The great schools revolution. 19 – 22.
- ⁴⁹ *The Economist* (10. September 2011). The Future of Jobs. Special Report.
- ⁵⁰ Brüderl, J., Preisendörfer, P. & Ziegler, R. (1996). *Der Erfolg neugegründeter Betriebe*. Berlin: Duncker & Humblot.
- ⁵¹ Vgl. Endnote 2.
- ⁵² Vgl. Endnote 4.
- ⁵³ Vgl. Endnote 4.
- ⁵⁴ Vgl. Endnote 49.
- ⁵⁵ Schmidt, C. (4. Juli 2011). *Arbeit, Wachstum, Tragfähigkeit öffentlicher Haushalte – zentrale Herausforderungen des demographischen Wandels*. Vortrag auf der 8. Sitzung der Enquête-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität in Berlin.

Impressum

Herausgeber:

Berlin-Institut für Bevölkerung und
Entwicklung

Schillerstraße 59

10627 Berlin

Telefon (030) 22 32 48 45

Telefax (030) 22 32 48 46

E-Mail: info@berlin-institut.org

www.berlin-institut.org

Discussion Paper Nr. 7

Februar 2012

Autoren:

Stephan Sievert, Reiner Klingholz

Organisation:

Christian Kutzner

Gestaltung:

Christina Ohmann

(www.christinaohmann.de)

Mit Ihrer Spende oder Zustiftung unterstützen Sie die unabhängige Arbeit des Berlin-Instituts

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung ist ein unabhängiger Think Tank, der sich mit Fragen globaler demografischer Veränderungen und der Entwicklungspolitik beschäftigt. Das Institut wurde 2000 als gemeinnützige Stiftung gegründet und hat die Aufgabe, das Bewusstsein für den demografischen Wandel zu schärfen, nachhaltige Entwicklung zu fördern, neue Ideen in die Politik einzubringen und Konzepte zur Lösung demografischer und entwicklungspolitischer Probleme zu erarbeiten.

Das Berlin-Institut erstellt Studien, Diskussions- und Hintergrundpapiere, bereitet wissenschaftliche Informationen für den politischen Entscheidungsprozess auf und betreibt ein Online-Handbuch zum Thema Bevölkerung. Weitere Informationen, wie auch die Möglichkeit, den kostenlosen regelmäßigen Online-Newsletter „Demos“ zu abonnieren, finden Sie unter **www.berlin-institut.org**.

Das Berlin-Institut finanziert sich über Projektzuwendungen, Spenden und Forschungsaufträge. Das Institut ist als gemeinnützig anerkannt und erhält keinerlei öffentliche Grundförderung. Spenden und Zustiftungen an das Berlin-Institut sind steuerlich absetzbar.

Bankverbindung:

Bankhaus Hallbaum

BLZ 250 601 80

Konto 20 28 64 07

Bei Überweisungen bitte unbedingt Name und Adresse angeben, damit eine Spendenquittung zugestellt werden kann.

Kontakt:

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung

Schillerstraße 59

10627 Berlin

Telefon 030 22 32 48 45

Telefax 030 22 32 48 46

E-Mail info@berlin-institut.org

Berlin-Institut Discussion Papers:

1 Kleine Erfolge

Auch wenn es in Deutschland 2008 weniger Nachwuchs gab: Die Menschen bekommen wieder mehr Kinder – vor allem im Osten der Republik

2 Ungleiche Nachbarn

Die demografische Entwicklung in Deutschland und Frankreich verläuft gegensätzlich – mit enormen Langzeitfolgen

3 Glaube, Macht und Kinder

Erobern religiöse Menschen mit vielen Nachkommen die Welt?

4 Schwieriges Wachstum

Bevölkerungsdynamik – das vergessene Thema der Entwicklungspolitik

5 Mehr Chancen für Schüler

Wie sich mit Stipendienprogrammen Begabte finden und fördern lassen

6 Dem Nachwuchs eine Sprache geben

Was frühkindliche Sprachförderung leisten kann

